Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 142. Dienstag, den 21. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Oberschlesien ungeteilt!

Paris, den 20. Juni.

In der gestrigen Schlußsitzung der Pariser Konferenz wurden besonders die großen Fragen behandelt, die zwischen Deutschland und der Entente schweben. Wie „Echo de Paris“ erklärt, hätte der Meinungsaustausch über diese Fragen das beste Einvernehmen zwischen den Kabinetten von London und Paris erwiesen. Eine endgültige Beschlußfassung, besonders über Oberschlesien, war jedoch ausgeschlossen, da Lord Curzon erklärte, daß nach Ansicht der englischen Regierung das oberschlesische Industriegebiet unteilbar sei, und daß sich die Zuteilung derjenigen Bezirke Oberschlesiens, aus denen das Industriegebiet besteht, an das Deutsche Reich auf Grund der deutschen Stimmenmehrheit nicht vermeiden lasse. Man hat zu dem Aushilfsmittel eines Telegramms an die Kommission von Oppeln gegriffen. Auch gegen den General Le Rond soll sich Lord Curzon scharf gewendet und es als wünschenswert bezeichnet haben, daß an seiner Stelle eine einflußreiche Zivil-Persönlichkeit nach Oberschlesien geschickt werde. Bezüglich der Sanktionen erklärte Lord Curzon, die Deutschen zeigten guten Willen und man müsse daher den Rheinzoll abschaffen und Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf räumen. Briand hielt dem entgegen, daß der gute Wille Deutschlands Frankreich noch nicht bezahlt mache. Die Entscheidung über diese Frage wurde der voraussichtlich Mitte Juli stattfindenden Ententekonferenz vorbehalten.

*

Der Räumungsplan.

TU. Breslau, 21. Juni.

Ueber den von deutscher Seite ausgearbeiteten Plan für die Räumung Oberschlesiens begannen gestern inoffizielle Verhandlungen zwischen General Höfer und dem englischen General Henniker und gleichzeitig zwischen dem Vorsitzenden des deutschen Zwölferausschusses Ulitzka und General de Martini als Vertreter der Interalliierten Kommission. Der italienische General soll dabei die deutschen Vorschläge im einzelnen kritisiert, im ganzen aber als eine geeignete Grundlage weiterer Verhandlungen bezeichnet haben. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Delegierten des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Oberschlesien.

TU. Oppeln, 21. Juni.

Ueber den Verlauf der Informationsreise der Delegierten vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien berichtet der Kattowitzer Volksbote folgendes: Bei den Verhandlungen in Kattowitz mit den deutschen Vertretern der freien Gewerkschaften wiesen die Deutschen auf die Gefahr hin, die den Arbeitern bevorsteht, falls das Industriegebiet Polen zugesprochen werden sollte. Oberschlesiens wirtschaftliche Momente fordern ein ungeteiltes Oberschlesien bei Deutschland. Die Vertreter des polnischen Zentralverbandes beriefen sich auf die Denkschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins während des Krieges an Bethmann-Hollweg, in der die Annexion des Dombrower Kohlenbeckens gefordert wurde. Sie schlossen daraus, daß, wenn früher die oberschlesische Schwerindustrie nicht ohne die politischen Gebietsteile existieren konnte, jetzt eine Zuteilung Oberschlesiens an Polen doch mögich sein müsse. Auch die polnischen Vertreter forderten ein ungeteiltes Oberschlesien. Im Hinblick auf den Bruderkampf des deutschen und polnischen Proletariats regte Genosse Fimmen-Amsterdam einen gemeinsamen Aufruf an die deutsche und polnische Arbeiterschaft an. Die Veröffentlichung wurde jedoch von polnischer Seite abgelehnt. Man einigte sich, daß die Zentralvorstände in Berlin und Breslau einen gemeinsamen Aufruf an die oberschlesische Arbeiterschaft veröffentlicht. Die Delegierten besuchten später eine polnische Belegschaftsversammlung vom Nikisch-Schacht, um sich über die Stimmmung zu orientieren. Derselbe Plan auf deutscher Seite wurde durch die Verweigerung von Fahrtausweisen durch die Polen verhindert.

Die Vermittlung im Orient.

TU. Paris, 21. Juni. (Voss. Ztg.)

Nach dem „Temps“ erklärten sich England, Italien und Frankreich in einer Note an Griechenland bereit, auf eine Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts hinzuwirken, da sich bei der Fortdauer des Kampfes später schwer zu befriedigende Resultate ergeben würden. Sollte Griechenland seine Zustimmung verweigern, so werde es die Verantwortung für die Folgen tragen müssen. Im Falle einer griechischen Zustimmung werden die verbündeten Mächte der Athener Regierung mitteilen, unter welchen Bedingungen sie den Türken nahezulegen gedenkt, die Feindseligkeiten einzustellen und die Friedensverhandlungen einzuleiten.

Starke englisch-französische Gegensätze in der griechisch-türkischen Frage.

TU. Paris, 21. Juni.

Der erste Tag der Verhandlungen zwischen Briand und Lord Curzon hat die Kluft zwischen dem englischen und französischen Standpunkt in den östlichen Fragen in ein grelles Licht gerückt. Frankreich ist mit dem englischen Vorschlag keinesfalls einverstanden und will auch keineswegs die Griechen aktiv gegen die Kemalisten unterstützen. Dahinter steckt die Furcht vor der Ausbreitung der Macht Englands und die Erkenntnis der Verschiedenheiten der britischen und französischen Interessen im nahen Osten. Briand würde damit einverstanden sein, die Zone um Konstantinopel autonom zu erklären, anstatt sie nach Curzons Vorschlag zu entmilitarisieren.

Die britische Reichskonferenz.

Lloyd Georges Rede.

Auf der gestern eröffneten britischen Reichskonferenz, auf der alle Länder der englischen Krone vertreten sind, und die über die Richtlinien der englischen Politik für das kommende Jahr beraten soll, hielt Lloyd George folgende Rede:

Die Welt muß Frieden haben, wenn sie jemals ihre Gestalt wiedergewinnen will. Zwei Fragen haben uns vor allem große Besorgnis verursacht: Die eine Frage war die der Entwaffnung Deutschlands, die andere die der Reparation. Die Entwaffnung ist ein gelöstes Problem. Die Reparation sucht hauptsächlich die Frage zu lösen, wie die Zahlungen von dem einen Land in ein anderes übergeführt werden könnten. Erst nach zwei Jahren ist es gelungen, eine Lösung zu finden, die praktisch erschien. Deutschland hat dieses System der Liquidation seiner Schulden angenommen. Es gibt nur noch zwei Schwierigkeiten. Die Festlegung der Grenzen Polens gegen Oberschlesien und Litauen und der Friede mit dem Türkischen Reich. Wenn diese Fragen gelöst sind, kann man erst sagen, daß der Friede wiederhergestellt ist. Bezüglich des Wiederaufbaues in Europa und der Wiederkehr eines dauernden Friedens ist kein Fortschritt gemacht worden. Dies kann nur erreicht werden durch die Annahme und die gemeinsame Erzwingung von Verträgen. Es kann vielleicht die Rede davon sein, daß einzelne Bedingungen ermäßigt werden, aber nur, wenn alle Parteien zustimmen. Das britische Weltreich ist völlig auf Interessengemeinschaften und Verträgen aufgebaut. Wir haben in Japan einen ehrlichen Verbündeten gefunden. Wir wünschen ebenso wie die Vereinigten Staaten das Recht der offenen Tür. Nicht zuletzt steht unter den Fragen auch die der Zukunft Chinas, das hilfesuchend nach den Vereinigten Staaten blickt. Unsere auswärtige Politik hat niemals einen Unterschied zwischen Rasse und Zivilisation oder zwischen Osten und Westen gemacht. Dieser Unterschied würde schicksalsschwer für das Imperium sein. Ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den Vereinigten Staaten ist für uns das erste Prinzip, diktiert von dem Instinkt wie der Vernunft. Wir wünschen zusammen mit der großen Republik in allen Teilen der Welt zu arbeiten. Wir wünschen eine Steigerung der Rüstungen zu vermeiden. Die Seemacht ist notwendigerweise die Basis der Existenz des ganzen Reiches. Wir haben uns daher nach Maßnahmen umgesehen, die unsere Sicherheit erfordert. In allen Fragen, die die Allgemeinheit betreffen, wünschen wir den Standpunkt der Dominions kennen zu lernen. Das britische Weltreich ist der hoffnungsvollste Versuch menschlicher Organisation, den die Welt jemals gesehen hat. Das Reich ist nicht auf Gewalt aufgebaut, sondern auf dem guten Willen gegenseitigen Verständnisses. Die Freiheit ist das Prinzip.

Grubenexplosion in Westfalen.

56 Tote — 73 Verletzte.

WTB. Herne, 20. Juni. Auf der Zeche „Mont Cenis“ ereignete sich heute mittag um 12 Uhr eine schwere Schlagwetter-Explosion. Bis 5 Uhr nachmittags wurden 22 Tote und eine erhebliche Anzahl von Verletzten zutage gefördert. Das Unglück ereignete sich auf der 5. Sohle. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß auch die 3. und 4. Sohle erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. In der Grube befanden sich zur Zeit der Explosion 300 Personen, von denen bisher erst 120 zutage gefördert wurden. Die Rettungsarbeiten sind ungemein erschwert, weil der größte Teil der Strecke zu Bruch gegangen ist.

Die Opferzahl um 10 Uhr abends.

Gelsenkirchen, 20. Juni. Die Zahl der Opfer beläuft sich nach Mitteilung der Zechenverwaltung um 10 Uhr 30 abends auf 56 Tote und 73 Verwundete. 12—14 Mann werden noch vermißt.

Um die Mietpreise.

Dr. L. Lübeck, 21. Juni.

Die Reichsregierung hat drei Gesetzentwürfe ausgearbeitet, um in die verworrenen Zustände auf dem Wohnungs- und Baumarkt einige Ordnung zu bringen. Alle drei Gesetze werden die Mietpreise beeinflussen, teilweise auch neu regeln. Es sind das erstens das Reichsmietengesetz, in dessen Beratung der Reichstag morgen eintreten wird, zweitens das Mietsteuergesetz und drittens das neue Grundsteuergesetz.

Jedes der drei Gesetze ist durch bittere Notwendigkeit vorgeschrieben. Das Reichsmietengesetz hat den Zweck, die jetzigen Beziehungen zwischen Mieter, Vermieter und Behörde auf eine reichsgesetzliche Grundlage zu stellen, und damit die vielen einzelstaatlichen Verordnungen zu ersetzen. Der Gesetzentwurf will die Forderungen der Mieter und der Vermieter billig ausgleichen, wie der schöne juristische Ausdruck heißt. Diese Billigkeit besteht für die Mieter darin, daß die Mietpreise verteuert werden sollen, und zwar um eine sehr erhebliche Prozentquote. Um dieses Reichsmietengesetz würdigen zu können, ist eine Vorbemerkung nötig, die im Mietsteuergesetz ihre Grundlage hat. Dieses letztere Gesetz sieht eine Auflage von 10 bis 15 v. H. des Nutzungswertes vor und soll 20 Jahre lang erhoben werden, und zwar vom Nutznießer der Wohnung, also vom Bewohner, sei er Mieter oder Eigentümer. Sein Ertrag soll die bekannten Bauzuschüsse aus öffentlichen Mitteln decken.) Daß das in der Wirkung eine Erhöhung der Miete bedeutet, ist klar. Zu dieser Erhöhung kommt dann die vom Reichsmietgesetz vorgesehene, die den „billigen“ Forderungen der Hausbesitzer entgegenkommen soll. Dem werden die Mieter schon starken Widerstand entgegensetzen und sich gefühlsmäßig auf die erste Erhöhung infolge der Steuer berufen. Wenn dazu, was zu erwarten ist, schon nach wenigen Monaten die genannte Grundsteuer und damit die Gefahr einer neuen Mietsteigerung kommt, so wird die Mieterschaft zu einer berechtigten Abwehr übergehen müssen. Es ist also jetzt schon, bei der Beratung des einen Gesetzes auf die Wirkung der beiden andern Bezug und Rücksicht zu nehmen. Jedenfalls birgt eine getrennte Beratung von drei Gesetzen, von denen jedes im innersten Herzen die Absicht eines Attentats auf den Geldbeutel der Mieterschaft hat, eine große Gefahr in sich, und wenn sich diese getrennte Beratung jetzt auch nicht mehr umgehen läßt, so ist doch größte Vorsicht und jeweilige Rücksichtnahme auf den Inhalt der kommenden entsprechenden Gesetze geboten.

Der Entwurf der Reichsregierung über das Reichsmietengesetz nimmt zu diesem Punkte ausgiebig Stellung; auch im übrigen bemüht er sich, den veränderten Verhältnissen unter möglichster Schonung der gewöhnlich wirtschaftlich schwachen Mieterschaft gerecht zu werden. Aber, wie schon gesagt, bei seiner Beurteilung müssen auch die kommenden Belastungen berücksichtigt werden. Anläßlich der Beratung im Reichstag werden unsere Leser den Entwurf ausgiebig kennen lernen; wir begnügen uns deshalb damit, die Hauptrichtlinien herauszuarbeiten.

Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens bleibt grundsätzlich bestehen; eine unbillige Erhöhung der Miete, die den Wert der Gebäudegrundstücke in ungerechtfertigter Weise erhöhen würde, soll verhindert werden. Die notwendigen Mietsteigerungen sind für das Reich einheitlich zu regeln, um die außerordentlichen Unterschiede in den verschiedenen Gegenden Deutschlands auszugleichen. Können Vermieter und Mieter über den Mietpreis keine Einigung finden, so hat jeder von ihnen die Möglichkeit, eine gesetzliche Miete festsetzen zu lassen. Die gesetzliche Mietfestsetzung soll Steigerungen nur insoweit zulassen, als sie durch die für das Haus aufzuwenden Betriebs- und Instandsetzungskosten gerechtfertigt werden. Die Ausführung der notwendigen Reparaturen soll unter allen Umständen ermöglicht, aber auch erzwungen werden.

Um diese Reparatur zu erzwingen, hat der Mieter das Recht, die Entscheidung einer unparteiischen Instanz anzurufen. Besonders geregelt ist die Aufbringung der Mittel für große Instandsetzungsarbeiten. Die Mieten dürfen nicht

mehr erhöht werden, als zur Verzinsung und einer mäßigen Amortisation des verbrauchten Kapitals unbedingt erforderlich ist.

Auch bei Weitervermietung ist die Bestimmung wichtig, daß die Miete des Untermieters unter Berücksichtigung von Nebenleistungen in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen muß. **Das Einigungsamt soll also künftig auch für möblierte Wohnungen und Zimmer die Miete festsetzen können.**

Der Entwurf bringt ferner Bestimmungen über die Tätigkeit von Mietervertretungen. Es werden ihnen bestimmte Befugnisse zugewiesen. Sie haben neben und an Stelle des Mieters das Recht, bei Streitigkeiten über die Vornahme von Instandsetzungsarbeiten die Entscheidung der bereits erwähnten Stelle anzurufen. Auch wird ihre Mitwirkung bei der Bewilligung der Gelder für große Instandsetzungsarbeiten vorgesehen.

Neubauten sollen diesen Vorschriften nicht unterstehen. Diese Ausnahme soll jedes Hemmnis privater Bautätigkeit beseitigen. Diese verschiedene Behandlungsweise neuer und alter Häuser wird einen Zwiespalt verursachen, der noch manche Schwierigkeiten nach sich ziehen kann. Leider nimmt der Entwurf zu diesem Punkt nicht Stellung.

Allerdings ist auch für Neubauten die Freiheit der Besitzer etwas eingeschränkt, insofern, als der Gemeindebehörde nach den für die Gewährung von Baukostenzuschüssen geltenden Bestimmungen eine Kontrolle der Mieten zusteht.

Deutscher Reichstag.

Wieder kamen an diesem dritten Tage der Bayernbehatte nur Süddeutsche zu Wort. Aber wie grundverschieden waren ihre Reden und wie sehr grundverschieden deshalb deren Wirkungen. Der Württemberger deutschnationale Bazille brachte durch seine unfreiwillige Komik, wie Adolf Hoffmann ganz richtig sagte, den Heiterkeitsbazillus in das Haus, das diese Aussprache über einen politischen Mord und seine Urheber doch mit Würde hätte führen sollen. Bei diesem Bazille aber, der mit schauspielerischer Rhetorik die schlimmsten Plattheiten und die größten geschichtlichen Dummheiten vortrug, konnte niemand ernst bleiben. Betreten sah die Deutschnationale Partei zu, wie fast hinter jedem Satze ihres Sprechers bis zu den Demokraten und Zentrum brausendes Gelächter den Saal durchhallte. Als Herr Bazille „den Blasebalg der Rede", um nur eine seiner Redeblüten zu gebrauchen, niederlegte, nahm General Schoch von der Deutschen Volkspartei dieses Instrument auf. Der alte Herr schien den Reichstagssaal mit dem Exerzierplatz und die Abgeordneten der Linken mit den Rekruten zu verwechseln. Man ließ seine Stimmengewalt austoben und hörte dann sehr aufmerksam den bayerischen Demokraten Hamm an, der als Handelsminister der Regierung Kahr angehört. Seine Rede war gut. Er gab die Agitationsmethoden, die solche Explosionen hervorrufen, preis, erinnerte aber mit vollem Recht daran, daß die Räteherrschaft und sonstige Handlungen der Kommunisten in Bayern den Gedanken des Selbstschutzes, der in diesen Einwohnerwehren ausartete, so stark gemacht hätte. Das massenweise herbeigeströmte Tribünenpublikum erlebte eine große Enttäuschung an der nun folgenden Rede des Parlamentsringkämpfers Remmele. Die Rechte hätte gar nicht nötig gehabt, den Saal zu verlassen. Herr Remmele scheint von irgend einer Seite aus am Sonntag politische Beruhigungspulver bekommen zu haben. Seine Rede war schwach und matt. Geist hatte sowieso niemand von ihr erwartet. Nach einem kurzen Vortrag des Zentrummannes Pfeiffer, der den Deutschnationalen einige bittere Wahrheiten sagte, nahm noch der Bauernbündler Eisenberger das Wort, der als Urbayer in Kniehosen bei dieser Aussprache natürlich nicht fehlen durfte und überdies gut demokratisch sprach.

*

Montag, 20. Juni, nachmittags 3 Uhr.

Die Debatte über die

Interpellation, betreffend die Ermordung des Unabhängigen Gareis,

wird fortgesetzt.

Bazille (DNP.): Die Beratung dieser Interpellation ist solange zwecklos, wie es der Polizei nicht gelungen ist, die Schuldigen an dieser Tat aufzuspüren. Die Tat wird der Regierung Kahr deswegen in die Schuhe geschoben, weil sich diese Regierung in der Schlacht als Turm der Ordnung erwiesen hat. Die Kämpfe der bayrischen Regierung gehen nicht gegen die Ideen der Arbeiter, soweit sie vernünftig sind. Darum kann man auch nicht von reaktionärer Gesinnung der rechtsgerichteten Kreise in Bayern sprechen. (Zuruf bei den Soz.: Was hat denn das mit Gareis zu tun?) Die Regierung Kahr, der Stolz und die Zierde Bayerns, wird sich durch keinen Angriff beirren lassen. Es ist aber ohne Beispiel in der Geschichte, daß ein bürgerlicher christlicher Reichskanzler so offen, wie Herr Wirth es gestern tat, die Ziele einer Partei fördert, die die Religion und die Gesellschaftsordnung gewaltsam umstürzen will.

v. Schoch (DVP.): Wir verurteilen den Mord an dem Abgeordneten Gareis besonders, weil es ein Meuchelmord ist. Wir mißbilligen die Auswüchse der Presse. Der Ausnahmezustand kann nicht eher aufgehoben werden, bis endgültig Ruhe und Ordnung im Reiche sind. Der Reichskanzler hat in seiner Rede seine anfangs aufgestellte Regel, man dürfe nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen, nicht befolgt. Die Rede des Reichskanzlers ließ vollkommen jede Objektivität vermissen. Mit Entrüstung hat er sich gegen die Ausschreitungen der Rechtspresse gewandt. Die Interpellation diente nur der Großzüchtung der Leidenschaften.

Hamm (DDP.): Debatten mit Heiterkeitsszenen werden die Verhältnisse in Bayern nicht beseitigen. Achtung vor der Reichsregierung muß errungen werden. Unser Volk fordert Gerechtigkeit. Im Falle Gareis, dem man ehrliche Ueberzeugung und ehrliche Absichten nicht absprechen kann, wäre, nachdem für die Feststellung des Mörders keine Anhaltspunkte gegeben sind, Schweigen geboten, daran hat es besonders die Linkspresse fehlen lassen. Heute sind es wieder kleine Teile, die Haß wider Haß predigen. Der Reichskanzler hat sie in seiner letzten Rede gebrandmarkt. Wir wollen versöhnend und ausgleichend wirken, sowohl nach rechts wie auch nach links. Was haben die Deutschnationalen bei uns zur Befriedigung der öffentlichen Meinung und zur Ausrottung des Raub-Antisemitismus, dieses schlimmsten Auswuchses der politischen Agitation, bisher getan? Was ist auf ihrer Seite weiter geschehen gegen die wüsten Beschimpfungen der Reichsregierung, die in ihrer Schädlichkeit gerade bei den primitivsten, einfach denkenden Leuten ernst genommen werden. Wir rufen mit dem Reichskanzler alle auf zu gemeinsamem Tun, die eines guten Willens sind.

Remmele (K.): Parlamentsbeschlüsse und Reden schaffen solche Vorfälle wie die bayrischen nicht aus der Welt. Das können allein die realen Machtmittel der Arbeiter.

Pfeiffer (Z.): Die Reichseinheit kann nicht bestehen, wenn die Politik der einzelnen Länder ihre eigenen Wege geht. Nur mit gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verständnis ist die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes möglich.

Eisenberger (Bayr. Bauernbund): Wenn die Sozialdemokratie in die Regierung Kahr eingetreten wäre, wäre vieles vermieden worden. Wir Bayern sind gute Kerle. Alles, was Bayern in schlechten Geruch gebracht hat, ist von Nichtbayern verübt worden. Auch ich bin für Ruhe und Ordnung. Aber das darf nicht das Mistbeet sein, wo die Reaktion sonderbare Blüten treibt. (Große Heiterkeit.) Wenn bei einem neuen kommunistischen Putsch die Landbewohner waffenlos sind, so werden sie sich sagen, daß sie das den Säbelrasslern verdanken, die den ursprünglichen Charakter der Einwohnerwehren verhunzt haben. Die Festzüge der Einwohnerwehren in München und die Reden dabei waren eine törichte Provokation. Die Verhetzung der Deutschnationalen findet bei den Bauern keinen Eingang, denn sie wissen, daß die Junker früher die Bauern viel schärfer ausgesogen haben als die Juden.

Soltmann (USP.): Wenn man sieht, daß Mörder nicht gefaßt werden, die man hätte fassen können, dann kann man auch wenig Vertrauen haben, daß der Mord an Gareis gesühnt wird. Bei „revolutionären Mördern" hingegen arbeiten die Gerichte mit affenartiger Geschwindigkeit.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Reichsmietegesetz. — Schluß 8 Uhr.

Der neue Kurs in Sowjet-Rußland.

Lenin für eine konstituierende Versammlung.

Haag, 20. Juni. Londoner Blätter erklären, Lenin habe in seiner Rede erklärt, es sei durchaus notwendig, eine russische konstituierende Versammlung zusammenzurufen, da sonst die auswärtigen Kapitalisten nicht bereit seien, mit Sowjetrußland Handel zu treiben. Er hat aber hinzugefügt, daß in dieser Konstituante die Bolschewisten selbstredend das Recht haben müßten, mit einer Mehrheit vertreten zu sein. Weiter wird berichtet, Lenin habe verlangt, daß Trotzki, Bucharin und Dser Kinky Moskau verlassen und sich nach der Krim begeben. Trotzki und die zwei anderen hätten versprochen, dies zu tun.

Der Kapitalismus.

Von der russischen Grenze, 19. Juni.

Aus Moskau wird gemeldet: Auf Grund der neuen Vereinbarungen mit der Regierung haben mehrere weitere Unternehmen und Fabriken den Betrieb aufgenommen. Die Leitung haben vertragsgemäß die ehemaligen Besitzer und Direktoren, bezw. Fachleute in Händen. In Moskau hat gleichfalls eine Anzahl von Geschäften den Betrieb wieder eröffnet. Die Regierung erteilte zahlreichen weiteren Unternehmen, die bis zu 100 Arbeitern beschäftigen, die Genehmigung, in alter Weise ihre Betriebe zu eröffnen.

Die Eröffnung der Banken steht im Zusammenhang mit diesen neuen Anordnungen unmittelbar bevor, sie wird auch vom Volkskommissariat für Finanzen befürwortet. Die Regierung ist bereit, in jeder Weise entgegenzukommen. Eine Beschlagnahme der Bankeinlagen wird nicht erfolgen. Fürs erste sind nur eine Reichskasse in Moskau mit Depositenkassen und zahlreiche Filialen in der Provinz gestattet. Auch wird die Wahrung des Bankgeheimnisses vom Volkskommissar für Finanzen empfohlen.

*

Die Moskauer Prawda vom 7. Juni spricht von weiterer Ausbreitung der Pest in Rußland. Die Moskauer Ekonomitscheskaja Shisn gibt eine erschütternde Darstellung der wirtschaftlichen Lage des russischen Arbeiters. Diesen bolschewistischen Angaben zufolge, müßte der Arbeiter, um einigermaßen satt zu werden, heute 13 000 Rubel täglich haben (!), während er im Januar noch mit 4000 Rubel auskommen konnte. Der Arbeiter ist nicht in der Lage, sich auch nur ein Zehntel dieser Summe zu verdienen.

Generalstreikbewegung in England.

London, 20. Juni. Der Vollzugsausschuß der Bergleute beschloß, alle Gewerkschaften, die in Lohnstreitigkeiten verwickelt sind, aufzufordern, in kürzester Frist zwecks einer nationalen Aktion mit den Bergleuten zusammenzutreten, um sich ihre Forderungen gegenseitig zu gewährleisten. Hodges erklärte, wenn die andern Unionen zustimmten, bedeute das den Generalstreik.

Fortdauer des englischen Kohlenstreiks.

London, 21. Juni. Die Grubenarbeiter sind heute nirgends zur Arbeit zurückgekehrt. Eine Versammlung der Mitglieder der Maschinenbauindustrien in Barrow nahm heute eine Entschließung an, die die Vollzugsausschüsse der in Frage kommenden Gewerkschaften dahin instruiert, jeden erforderlichen Schritt zu tun, um dem Grubenarbeiterverband im Kampf für die Erhaltung eines anständigen Lebensstandards zu helfen.

Kommunistenprozeß in München.

TU. München, 20. Juni. Vor dem Münchener Volksgericht begann heute der Prozeß gegen 17 Mitglieder der der vereinigten kommunistischen Partei München angehörige Angeklagte, Schlaffer, Luttner und Genossen wegen hochverräterischen Komplottes und Dynamitverwendung bezw. Beihilfe hierzu. Den Vorsitz der Versammlung führt Oberlandesgerichtsrat Reithardt. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Kellerer. Fünf Rechtsanwälte sind als Verteidiger der Angeklagten tätig. Die Anklage gründet sich darauf, daß die Angeklagten versucht haben, den unter Leitung der Zentrale der KPD. in Mitteldeutschland ausgebrochenen Aufstand auch auf Bayern auszudehnen, besonders durch Zerstörung wichtiger Verkehrsanlagen. Die Angeklagten Reutershan und Seebauer waren mit der Beschaffung des Sprengmaterials beauftragt. Um ½11 Uhr begann die Vernehmung der Angeklagten. Der Prozeß wird eine ganze Woche dauern.

Der Prozeß Hölz.

TU. Berlin, 20. Juni.

Nach der sonntäglichen Pause wurde der Prozeß heute fortgesetzt. Das äußere Bild ist insofern etwas anders, als die Verhandlungen von heute ab in einem Schöffensaal im neuen Kriminalgerichtsgebäude in der Turmstraße stattfindet. Umfangreiche Absperrungen und Sicherheitsmaßnahmen sind die gleichen wie bisher. Nach Eröffnung der Sitzung wurde zuerst der Oberbürgermeister Riese aus Eisleben vernommen, der eine kurze Darstellung über das Entstehen und den Verlauf des Aufruhrs gab. Eines Tages erschienen zwei Männer und zwei Frauen in Samariteruniformen bei dem Zeugen im Rathaus und erklärten, sehr aufgeregt, im Auftrage Hölz, binnen zwei Stunden sollte die Schupo abrücken. Geschehe dies nicht, dann würde die Stadt an allen Ecken angezündet und die Bürgerschaft ermordet werden. Als die Deputation wieder fort war, begannen bald Brandstiftungen in der Stadt, u. a. Anzündung der Villa des Stadtsekretärs Nehls, was dem Zeugen umsomehr befremdete, als Nehls Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen sei. Es wurde auch eine Handgranate in das Rathaus geworfen und dadurch die Polizeiwache zerstört. Dann kam es zu Plünderungen in weitestem Maße.

Hölz zum Zeugen: Sie sagen, der Stadtsekretär Nahls sei Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen?

Zeuge: Das nehme ich an.

Hölz: Sie nehmen vieles an.

Der Wachtmeister Franke gibt Auskunft über den bereits erwähnten Feuerüberfall auf den Otto-Schacht, bei dem er und die beiden anderen Sipo-Beamten schließlich gefangen genommen wurden, da ihnen die Munition ausgegangen war. Auf dem Marsch nach Eisleben sagte Hölz zu dem Zeugen: „Jetzt sprengen wir den ganzen Laden in die Luft". Hölz wechselte dann auch, um nicht erkannt zu werden, mit dem Redakteur Schneider die Garderobe. Einen anderen Mitgefangenen schickte Hölz, wie der Zeuge bekundet, als Parlamentär nach Eisleben mit dem Auftrage, die Sipo solle die Waffen strecken, diese sammeln und dann abziehen. Vorsitzender: Hatten Sie den Eindruck, daß Hölz die Leute fortschickte, um ihnen das Leben zu retten, wie er behauptet? Zeuge: Nein. Er hat ja sogar dem einen befohlen, wieder zu kommen, sonst würden wir erschossen. Als wir in Eisleben einzogen, sah ich plötzlich Hölz gleich einem Wahnsinnigen auf einen 18jährigen Schüler, der harmlos zuschaute, losstürzen und blindlings über den Kopf und Nacken derart schlagen, daß der Schüler zu Boden sank und fortgebracht werden mußte. Als in Eisleben dann die Meldung ankam: „Sipo in Sicht!", benutzte der Zeuge die Gelegenheit und entfloh. Es wurde noch hinter ihm hergeschossen. Der nächste Zeuge, Pförtner Schöppler schildert, wie er zwischen den Arbeitern und den auf dem Schacht gefangenen Sipoleuten zu vermitteln suchte, daß diese nicht erschossen würden.

Es kommt zu einer Art Zwiegespräch zwischen Hölz und dem Zeugen, bei dem der Zeuge den Angeklagten mit Du anredet. Hölz richtet zahlreiche Fragen an den Zeugen, die die angebliche beabsichtigte Erschießung betreffen. Der Zeuge ruft dabei dem Angeklagten zu: „Ehe ich erschossen wäre, wärst Du tot gewesen. Mein Revolver in der Tasche war schon bereit." Hölz hat darauf nur ein Lächeln.

Major Folte wurde auf Befragen des Staatsanwalts darüber vernommen, ob sich bei ihm Leute gemeldet hätten, die sich erbieten wollten, den Angeklagten zu ermorden. Zeuge: Davon kann gar keine Rede sein. Lediglich der Zigarrenhändler Beier aus Helbra kam eines Nachts zu mir und bat mich um Beamte in Zivil, da er imstande sei, Hölz in seinem Standquartier auszuheben. Ich hielt den Vorschlag für eine Falle und wies den Mann ab. Hölz: Wieviel Schweinskoteletts mit Bratkartoffeln ißt denn der Zeuge täglich, um solch ein Speckgenick zu bekommen? Vorsitzender: Ich verbitte mir zum letzten Male diese jedes Maß überschreitenden Redensarten.

Hierauf werden noch eine Anzahl Zeugen vernommen, welche bei dem Morde an dem Gutsbesitzer Heß zugegen waren. Das Hausmädchen Olga Richter aus Roitzschgen hat Hölz beobachtet, als er Heß durch das Haus begleitete. Von der Ermordung weiß sie nichts. Justizrat Fränkel: Sie haben früher ausgesagt, daß ein gewisser Weidenhauser aus Landsberg mit vorgehaltenem Gewehr von Heß die Geldschrankschlüssel verlangt hat. Zeuge: Das ist richtig. Ein gewisser Kabbes hat Herrn Heß mit der Waffe bedroht.

Justizrat Broh: Die Zeugin überrascht uns ja mit interessanten Dingen. Ich verstehe garnicht warum der Herr Staatsanwalt auf die Ladung dieser Zeugin verzichten wollte.

Staatsanwalt Jäger: Das hat mir Frau Heß gesagt und in der Tat weiß die Zeugin von dem Morde nichts.

Hölz: Erinnert sich der Herr Staatsanwalt, daß ihm Frau Heß auch sagte, es sei nach dem Morde ein Mann zurückgekommen, der erklärte: Hätte Heß nicht geschossen, dann wäre das alles nicht passiert.

Staatsanwalt Jäger: Auf eine in so unverschämten Ton gehaltene Anfrage brauche ich dem Angeklagten eigentlich nichts zu antworten. Ich tue es aber doch und erkläre ihm, daß ich auch das in der Tat nicht gehört habe. Hölz: Dann sind Sie ein unverschämter Lügner. Die Hauptsache ist auch für Sie, daß der Laden klappt. Vorsitzender: Wenn das so weiter geht, werden auch gegen Sie andere Maßregeln ergriffen. Rechtsanwalt Hegewitsch zur Zeugin: Wir haben hier wiederholt gehört, daß sich bei der Truppe von Hölz ein kleiner verwachsen aussehender Mann mit hochgezogenen Schultern befand. Haben Sie den auch beobachtet? Zeugin: Jawohl, das ist Hölz selbst gewesen, der die Achseln selbst so komisch hochgezogen hatte.

Der nächste Zeuge, ein Landarbeiter, der sich auf dem Gute Roitzschgen befand, gab an, daß er die Schießerei in der Wohnung gehört habe. Der erste Schuß, den er vernahm, war leiser als die übrigen, also offenbar ein Pistolenschuß. Herr Heß rief: Alice, zu Hilfe. Der nächste Zeuge, Arbeiter Otto Albrecht aus Holzweissig, der sich als Samariter bei der Hölzbande befand, behauptet, er habe zu der Zeit als die Schüsse fielen, Hölz im Auto bei der Kolonne gesehen. Im Anschluß an diese Vernehmungen wurde der Waffensachverständige der Büchsenmacher Bock vernommen. Er gibt an, daß zwei in den Körper des Heß gefundene Geschosse zweifellos von Militärgewehren herrühren, dagegen waren andere Geschosse Dum-Dum Geschosse. Aus dem Gutachten des Sachverständigen geht zweifellos hervor, daß Heß drei Revolverschüsse erhalten hat. Bei der Messung der Wunde ergab sich namentlich, daß Heß eine ganze Anzahl Wunden aufwies, die ein bis zwei Zentimeter lang waren und gezackte Wundränder hatten. Diese rührten zweifellos von Gewehrkugeln her, dagegen waren drei Einschußöffnungen vorhanden, die sieben bis acht Zentimeter groß waren. Hier sind sicherlich drei Revolverkugeln eingedrungen, die als Dum-Dumgeschosse angefeilt waren. Der Mantel der Geschosse riß infolgedessen die großen Einschußöffnungen, während der weiche Bleikern sich im Körper verteilte. Die von den Aerzten zahlreich gefundenen kleinen Metallstückchen rühren von diesen Dum-Dumgeschossen her. Justizrat Broh: Mußten die Revolverkugeln nicht im Körper stecken bleiben? Sachverständiger: Nein, da die Schüsse aus nächster Entfernung abgegeben worden sind. Danach wurde noch der Kriminalwachtmeister Eisler aus Dortmund vernommen über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Könnicke und stellt diesem ein glänzendes Zeugnis aus. Auf Antrag der Verteidigung wird dann noch beschlossen, die Wachtmeister Wille und Erxleben aus Magdeburg zu vernehmen, die am Mittwoch gehört werden sollen. Im Anschluß daran werden die Plädoyers stattfinden. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Arbeitslosensturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns mitgeteilt:

Berlin, den 20. Juni.

Die für den 20. Juni im ganzen Reiche geplante Demonstration, durch die die Erwerbslosen, wie es in der schon früher in die Oeffentlichkeit gebrachten Anweisung eines „Streikausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands" hieß, die Gewerkschaften und die Gemeindevertreter „zwingen" sollten, „eine Erklärung abzugeben, wie sie sich zu den zehn Forderungen des ADGB. stellen und was sie zur Verwirklichung derselben zu tun gedenken," nahm in Berlin folgenden Verlauf:

Die Arbeitslosen wurden zusammengezogen nach dem unweit des Gewerkschaftshauses gelegenen Mariannenplatz. Eine Deputation suchte den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf und forderte von diesem, daß er einen Vertreter nach dieser Versammlung entsenden sollte, um dort Rede und Antwort zu stehen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen mußte diese Aufforderung abgelehnt werden.

Es wurde der Deputation erklärt, daß der Bundesvorstand mit Unorganisierten überhaupt nicht verhandle, und gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen stehe es frei, sich an ihre Verbände zu wenden. Unorganisierte hätten kein Recht, irgendwelche Rechenschaften vom Bundesvorstand zu fordern.

Nach kurzer Zeit rückte eine Truppe von mehreren tausend Personen heran. Ihnen wurde vom Unabhängigen Sabath, dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, als dem Inhaber des Hausrechts im Berliner Gewerkschaftshaus, erklärt, daß nur solche Personen Zutritt zu diesem Gebäude hätten, die sich als Gewerkschaftsmitglieder ausweisen könnten. Die Folge war, daß Sabath eine schwere Kopfwunde davontrug. Die Menge stürzte sodann auf den Hof und besetzte die Säle. Unter diesen Umständen mußte die Schutzpolizei herbeigerufen werden. Sie säuberte zunächst das Engeluser vor dem Gewerkschaftshaus, wobei es ohne Widersetzlichkeiten und einige Verhaftungen nicht abging. Die Eingedrungenen forderten nunmehr durch eine weitere, sich höchst rabiat gebärdende Deputation von den anwesenden Vertretern des Bundesvorstandes, daß dieser die Schutzpolizei zm Abrücken veranlassen solle, dann würden die Demonstranten das Gewerkschaftshaus ebenfalls verlassen. Wolle der Bundesvorstand diese Forderung nicht annehmen, so würde er in wenigen Minuten die Erwerbslosen „oben" haben. Auch diese Aufforderung mußte unter den obwaltenden Umständen abgelehnt werden. Nunmehr drängte die Schutzpolizei in die Säle und Ausgänge. Die Massen entfernten sich dann unter den üblichen Schimpfrufen auf die „Gewerkschaftsbonzen".

Welche Elemente sich unter den Demonstranten befanden, geht aus folgenden Einzelheiten hervor. In der Wirtschaft des Gewerkschaftshauses waren Fenster, Gläser und Stühle zerschlagen. Ferner wurde der Kassierer der Berliner Zahlstellen des Zentralverbandes der Asphalteure zu Boden geworfen und seiner Geldtasche mit größerem Inhalt beraubt. In einem der Säle tagte eine Reichskonferenz der Betriebsräte des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Auch hier drangen Demonstranten ein und machten die Verhandlungen unmöglich.

Ein Unwesen, wie es in den letzten Wochen in Berlin sich gezeigt hat, kann natürlich nicht fortgesetzt werden. Die Berliner Gewerkschaftsmitglieder können es sich nicht länger gefallen lassen, daß ihr Gewerkschaftshaus die Stätte wüster Auftritte wird. Festgestellt werden muß besonders, daß sich unter den Demonstranten immer nur wenig Gewerkschaftsmitglieder befinden. Das zeigte sich unter anderm auch bei dem Krawall am 14. Juni, der sich gegen den Bauarbeiterverband richtete, weil dieser mit der Städteverwaltung vereinbart hatte, daß bei gewissen Notstandsarbeiten in Neukölln 80 Proz. der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sein müssn. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden selbstverständlich weiterarbeiten, nach Möglichkeit den Arbeitslosen Arbeit zu geben. Durch Krawalle, wie die bezeichneten, werden ihnen die Arbeiten aber nur erschwert.

Die einzigen verurteilten Kappisten freigesprochen!

Das Landgericht Breslau hat am 14. März 1921 wegen gefährlicher Körperverletzung den früheren Tambourmajor Max Walter zu drei Jahren 6 Monaten, den Spielmann Biskop zu 4 Jahren und den Gefreiten Breska zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hat jetzt der Revision stattgegeben und das Verfahren gegen die Verurteilten eingestellt. Die einzigen verurteilten Kappisten sind damit auch von Verantwortung und Strafe befreit.

Die Breslauer Strafkammer hatte im Urteil auf Grund der Beweisaufnahme ausdrücklich festgestellt, daß die drei Kappisten gewöhnliche Verbrecher waren, die lediglich aus Rohheit gehandelt hatten und von keinerlei politischen Motiven geleitet wurden. Demgegenüber hat das Reichsgericht jetzt ausgeführt, die Aulock-Gruppe hätte im Dienst der Kapp-Regierung gestanden. Sie hätte die Gefangenen festgenommen, um Angriffe gegen die Kapp-Regierung abzuweisen. Die Mißhandlungen seien als Vergeltung und zur Abschreckung verübt worden. Sie seien hervorgegangen aus der allgemeinen politischen Lage und den politischen Stimmungen und Vorstellungen der Angeklagten. Deshalb ständen die Taten mit einem hochverräterischen Unternehmen im Zusammenhang und fielen unter die Amnestie.

Nach dieser Begründung gibt es natürlich keinen Schuldigen aus den Kapp-Zeiten mehr Auch wer Banken ausgeplündert hat, hat es ja getan in irgend einem Zusammenhang mit der politischen Gesamtlage. Der Effekt der Auffassung des Reichsgerichts ist jedenfalls, daß nun auch die einzigen verurteilten Kappisten freigekommen sind. Und das Ansehen der deutschen Justiz und auch des Reichsgerichts im Inlande und Auslande sinkt auf den Nullpunkt. Ganz Deutschland wird den Schaden tragen.

Gegen das Gewaltsystem!

Die Prügel- und Lärmszenen im Reichstag sind nicht nur bedauerlich, weil sie das Ansehen des Parlaments tief herabsetzen, sondern vor allem auch deshalb, weil die äußere Sensation weiten Kreisen des Publikums die inneren Vorgänge verschleiert. Der Bürger liest: im Reichstag hat man sich geprügelt, — und sofort konzentriert sich sein Interesse auf diese Szene: Ob der Abg. Mittelmann wirklich sein „Sehr richtig" nur auf die Worte bezog, daß die Kommunisten keine Deutschen seien, oder ob er doch damit das schuftige Wort habe unterstreichen wollen, daß sie alle „kalt erledigt" werden müßten; ob Remmele den Mittelmann nur am Vorhemd gepackt oder auch geohrfeigt habe (die „Rote Fahne" beteuert das letztere, offenbar weil eine solche „Heldentat" sehr nach ihrem Geschmack gewesen wäre), — all das erscheint vielen Leuten für den Augenblick wichtiger als die wirklich politischen Vorgänge, die sich inzwischen zugetragen haben. Hoffentlich wird man sich abgewöhnen, das Aeußere über Gebühr zu beachten. Hauende und ringende Reichstagsabgeordnete werden doch nur stets eine sehr minderwertige Konkurrenz gegen Breitensträter, Spalla usw. sein. Möchten auch die Kommunisten einsehen, daß es selbst angesichts der stärksten Provokationen gut ist, wenn der Reichstag bei seinem Leisten, dem geistigen Kampf bleibt, und sich nicht auf ein Gebiet begibt, für das die meisten seiner Mitglieder nicht ausgebildet sind.

Das geistige Ergebnis der tumultuösen Sitzung war die Tatsache, daß der Reichskanzler Wirth in den schärfsten Gegensatz zu den Rechtsparteien getreten ist. Das wird ihm jetzt in den Organen der Reaktion mit aller Deutlichkeit bescheinigt. Das Ministerium Wirth hat — wir konstatieren es gern — niemals die Gunst der Rechtspresse besessen. Aber jetzt überschlägt sich diese Presse in tobenden Kampfansagen. An dem Minister Wirth bleibt kein gutes Haar. Ein Mann, der die gegenrevolutionäre Wühlarbeit und Niederreißungsarbeit der Deutschnationalen ins rechte Licht stellt, ist natürlich unfähig vom Scheitel bis zur Sohle. Er ist „ein Werkzeug der Demagogen", er ist ein „verbohrter Parteidogmatiker", er läßt sich leiten von „destruktivem Parteiegoismus", ihm fehlt jedes „nationale Verantwortungsgefühl". Diesen Schimpfwörterhagel greifen wir aus knappen zehn Zeilen der „Deutschen Tageszeitung" heraus.

Ja freilich, ein Adam Stegerwald scheint der Reichskanzler Wirth nicht zu sein. Ihm fehlt offenbar das Verständnis für Stegerwalds Erklärung, daß man sich vor den „politischen Realitäten" beugen müsse, die hinter den Rechtsparteien stehen, nämlich vor den Klüngeln der Offiziere und Couleurstudenten, vor Schwerindustrie und Agrariertum. Während Herr Stegerwald daran verzweifelt, die wichtigsten Aufgaben Preußens gegen den Widerstand der beiden Rechtsparteien durchführen zu können, scheint Herr Wirth doch etwas von der Tatsache begriffen zu haben, daß die wichtigsten Aufgaben der Politik so gelagert sind, daß sie nur gegen den Widerstand der Rechtsparteien sich durchsetzen lassen. Es ist seltsam, diesen Gegensatz zwischen Wirth und Stegerwald zu verfolgen, die doch beide derselben Partei angehören. Herr Wirth sollte Herrn Stegerwald doch eigentlich ein Beispiel dafür sein, daß man auch heute noch an der Spitze der ursprünglichen Regierungskoalition gegen rechts regieren kann, — wenn man nämlich will. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen des Herrn Stegerwald liegt sein Mangel nicht im Können, sondern im Wollen.

Die „Statsnotwendigkeiten", auf die sich Herr Stegerwald so gern beruft, verlangen mehr denn je eine entschiedene und entschlossene Bekämpfung der Reaktion. Mag Herr Stegerwald sich für sehr staatsmännisch halten und sich im Lob der Rechtspresse sonnen, die noch jeden dick umschmeichelt hat, der ihr zu Gefallen regierte, Wirth ist in Wirklichkeit von den beiden der staatsmännisch Denkende. Die Erschütterungen in Deutschland können kein Ende nehmen, wenn nicht der Untergrabung der Rechtssicherheit durch reaktionäre Klüngel ein Damm entgegengesetzt wird.

Bei der Justizdebatte im preußischen Landtag hat der sozialdemokratische Fraktionsredner den Justizminister darauf hingewiesen, daß es tatsächlich zurzeit keine schwerere Gefährdung einer geordneten Rechtspflege gibt, als jene bis zur Verbrechersolidarität zusammengeschmiedete Kaste reaktionärer Offiziere, Studenten usw. Er hat das Wesen dieser Kaste scharf beleuchtet, die es für selbstverständliche Ehrenpflicht des einzelnen hält, sich im nationalistischen Interesse über jedes Strafgesetz hinwegzusetzen, und für die Ehrenpflicht aller anderen, den straffälligen Täter mit allen Mitteln — und sei es durch Meineid, Urkundenfälschung oder Rechtsbeugung — zu decken.

Die rechtsstehende Presse heuchelt dieser Erscheinung gegenüber noch immer Verständnislosigkeit. Wieder redet die „Kreuz-Zeitung" von einer ungeklärten Einzeltat, wieder kommt sie mit dem albernen Märchen des Eifersuchtsmordes, um dem Reichskanzler politische Skrupellosigkeit und Kampf mit vergifteten Waffen vorzuwerfen.

Wir leben nicht mehr in den Zeiten, in denen man Legenden durch ihre Aufdeckung aus der Welt schaffen kann, wir sind uns bewußt, daß auch die beste Widerlegung die Leute gar nicht erreicht, die täglich mit der Legendenkost der reaktionären Presse gefüttert werden. Trotzdem halten wir es für unsere Pflicht, immer erneut darauf hinzuweisen, daß es sich bei der Ermordung Gareis nicht um einen Einzelfall, sondern um ein politisches System handelt, zu dessen programmatischen Mitteln die Einschüchterung des Gegners durch Mord und gewalttätigen Ueberfall gehört. Dieses System beherrscht heute München, es beherrscht einen großen Teil Bayerns. Es wird gedeckt und gestützt von der Reaktion im übrigen Deutschland. Seine Mittel sind die Konspiration, die Unterhaltung geheimer Verbindungen, die Bildung militärischer Verbände unter harmlosem Deckmantel, die Anknüpfung von Beziehungen zu dem reaktionären Offizierskorps der Reichswehr, in dem nicht nur vereinzelte Teilnehmer der Konspiration sitzen.

Dieses System verhindert den Wiederaufbau, es züchtet im Innern Kommunisten, es kompromittiert uns vor dem Ausland und sabotirt unsere auswärtige Politik. Es stiftet allenthalben Unruhe und Hader, es vergiftet den politischen Kampf und führt zum Triumphe der brutalsten Gewaltmethoden. Diese Konspiration vernichten, heißt in Wahrheit an Deutschlands Wiederaufbau arbeiten. Der Staatsmann, der dieses Ziel erkennt, ist Realpolitiker im höchsten Sinne des Wortes und begreift zehnmal mehr von den Staatsnotwendigkeiten, als wer mit jenem System paktiert.

Volkswirtschaft.

Optimismus.

Der Reichskanzler Wirth hat in seiner Essener Rede vom 19. Juni im Reichswirtschaftsrat ein Loblied auf den Optimismus gesungen und zur Begründung gesagt, die Reichseinnahmen im Geschäftsjahr 1920 hätten alle Erwartungen der Nationalversammlung weit übertroffen. Das erscheint in der Tat auf den ersten Blick richtig. Denn die Einnahmen betragen nach dem vom Finanzministerium veröffentlichten Ausweis nicht weniger als 46,1 Milliarden, während Wirth selbst in seiner „Denkschrift über die finanzielle Lage des Reichs" vom 29. Juli 1920, in der er die Verhältnisse von Ende April 1920 zugrunde legte, nur mit 27,8 Milliarden gerechnet hatte. Aber sind denn diese beiden Zahlen überhaupt vergleichbar? Davon kann in Wahrheit nicht die Rede sein. Die 27,8 Milliarden bedeuteten Nettoeinnahmen, die 46,1 Milliarden aber Bruttoeinnahmen, in die die auf 9,4 Milliarden veranschlagten Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden eingeschlossen sind. Ferner ist inzwischen das Gesetz betr. die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers vom 22. Dezember 1920 in Kraft getreten, das auf Kosten der künftigen Etats die Einnahmen aus dem Reichsnotopfer, die Wirth seinerzeit mit 2¼ Milliarden angesetzt hatte, für das Rechnungsjahr 1920 auf 9⅓ Milliarden hinauftrieb. Endlich aber beruhte doch ein Teil der Mehreinnahmen darauf, daß der Steuerabzug vom Lohn infolge der erhöhten Teuerungszulagen für öffentliche Beamte, Angestellte und Arbeiter stieg und daß die Umsatzsteuer infolge der höheren Preise, die das Reich zu zahlen hatte, mehr abwarf. Dies Mehr an Einkommensteuer erscheint aber mit dem zehnfachen Betrage in den Ausgaben und bei der Umsatzsteuer ist das Vielfache auf der Ausgabenseite noch viel größer. Ob das Anwachsen der Einnahmen geeignet ist, uns optimistisch zu stimmen, kann doch überhaupt erst entschieden werden, wenn man es mit dem Anwachsen der Ausgaben vergleicht. Ein solcher Vergleich führt aber zu erschreckenden Ergebnissen. In seiner Denkschrift vom 29. Juli 1920 sagte Wirth: „Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist in dem vorläufigen Etat auf 52,3 bis 55,3 Milliarden Mark anzugeben, wovon rund die Hälfte durch Einahmen des ordentlichen Etats Deckung finden soll." Ich warnte damals vor dieser viel zu günstigen Auffassung und schätzte meinerseits den Fehlbetrag auf „rund 40 Milliarden". Wie aber haben sich die Dinge tatsächlich entwickelt? „Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts" betrug nach den letzten amtlichen Mitteilungen nicht 52,3 bis 55,3 Milliarden, sondern — 120 Milliarden.

Dr. K.

Bauarbeiterlöhne in England und Deutschland.

Das englische Arbeitsministerium hat vor kurzem einen sehr lehrreichen Band „Normale Zeitlohnsätze und Arbeitsstunden in dem Vereinigten Königreich am 31. Dezember 1920" veröffentlicht. Danach betrug die normale wöchentliche Arbeitszeit z. B. im Baugewerbe in England und Schottland durchweg 44 Stunden, in Irland teils 44 Stunden, teils mehr, und zwar bis zu 50 Stunden. Der normale Stundenlohnsatz der Maurer, Zimmerer und Bautischler, Holzschneidemaschinenarbeiter, Dachdecker, Klempner, Stukkateure und Maler betrug je nach der Ortsklasse — von unwesentlichen Ausnahmen nach oben und unten abgesehen — 22 bis 28 d., der ortsübliche Stundenlohnsatz der Bauhilfsarbeiter entsprechend 19 bis 25 d. Eine Umrechnung von Pence (d.) in unsere Währung ist für den deutschen Leser nicht erforderlich, da 1 Penny, der früher 8½ Pfg. wert war, heute gleich einer Mark zu setzen ist.

Leider fehlt es an einer entsprechenden amtlichen Veröffentlichung für Deutschland. Das soeben vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung herausgegebene 23. Sonderheft zum „Reichs-Arbeitsblatt: Die Tarifverträge im Deutschen Reiche am Ende des Jahres 1919" (!) enthält keine vergleichbaren Lohnangaben, und künftig wird es damit sogar noch schlimmer werden: „Es sind in den neuen Zählblättern, die erstmals für die Tarifstatistik 1920 zur Verwendung kommen, alle Fragen, die sich auf die Lohnsätze der Tarifverträge bezogen, im Einverständnis mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für welche die Ausfüllung dieses Teiles des Zählblattes eine immer schwerer empfundene Last bedeutete, fortgelassen worden." Nach einer privaten Zusammenstellung, die sich auf etwa 50 große deutsche Städte erstreckt, betrug am 1. Januar 1921 der normale Stundenlohnsatz für Maurer 5,40—7,28 Mk., Zimmerer 5,30—8,50 Mk., Bautischler 5,14—7,20 Mk., Dachdecker 5,40—7,74 Mk., Klempner 5,00 bis 7,74 Mk., Stukkateure 5,50—8,25 Mk., Maler 4,90—7,28 Mk., Bauhilfsarbeiter 5,20—7,06 Mk. Berücksichtigt man, daß hier für Deutschland nur große Städte mit ihren höheren Löhnen einbezogen sind, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der Wochenlohn der englischen Bauarbeiter trotz kürzerer Arbeitszeit etwa viermal so hoch war wie bei uns. An den Kosten der Lebenshaltung gemessen, dürfte er in England annähernd doppelt so hoch sein wie in Deutschland.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 20. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		20. Juni.	18. Juni.
Holland	100 fl.	2322.50	2300.—
Kopenhagen	100 Kr.	1200.—	1192.50
Stockholm	100 Kr.	1560.—	1557.50
Kristiania	100 Kr.	1010.—	997.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	120.50	120.50
Schweiz	100 Frs.	1185.—	1177.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	14.25	14.—
Budapest	100 K.	29.12	28.25
Prag	100 K.	96.50	95.75
Spanien	100 Pesetas	932.50	920.—
London	1 £	263.—	261.75
Paris	100 Frs.	572.—	567.—
Belgien	100 Frs.	562.—	557.—
Italien	100 Lire	365.—	357.—
Bukarest	100 Lei	110.—	108.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	69.25	68.75
do. briefl. Ausz. od. Scheck		69.12	68.62

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 20. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
D.		Spiker	Jansen	Kiel	1	
	S.	S 121	Prigge	Bremerhafen	4	
D.		Laxberg	Westergard	Frederikshamn	2	

Angekommen am 21. Juni 1921.

D.		Seestern	Warburg	Korsör		10
D.		Expreß	Davidsen	Faaborg		14
D.		Halland	Holmen	Abo	2½	
D.		Poseidon	Landquist	Helsingborg	8	

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Ausgabe von Zwieback, Keks, Milchschokoladenspeise und Malzextrakt.

Von **Dienstag, den 21. Juni 1921,** ab sollen die Restbestände des Landesversorgungsamts an Zwieback, Keks, Milchschokoladenspeise und Malzextrakt zu ermäßigten Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden.

Der Preis beträgt für

125 g Zwieback	Mk.	1,80
125 g Keks	„	1,70
250 g Milchschokoladenspeise	„	2,75
1 Dose Malzextrakt	„	5,00

Die Waren sind, **solange der Vorrat reicht,** bei den Firmen

Einar Christoffersen, Holstenstraße 42,
Alfred Möbius, Breite Straße 54,
Konsumverein (in allen Verkaufsstellen)

zu entnehmen.

Lübeck, den 18. Juni 1921. (3175

Das Landesversorgungsamt.

Die Erfassungsabteilung Lübeck

Reichsschatzministerium III

hat ihre Diensträume verlegt, und zwar von der Mengstraße 6, I., nach der

Fleischhauerstraße 93,

Direktion der Feuerwehr. (3171

Elsa Behrenbeck
Oskar Geske
Verlobte. (3180
Lübeck, Juni 1921.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken herzlichst.
D. O.

Für Glückwünsche und Geschenke zur Hochzeit danken herzlich (3169

Heinr. Röttger u. Frau
Martha, geb. Schuhr.

Am 19. d. Mts. morgens 10 Uhr starb nach langem in Geduld getragenem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Maurermeister

Ludwig Thormann

im Alter von fast 71 Jahren. (3164

In tiefer Trauer
Emma Thormann
geb. Reimer
und Angehörige.
Arnimstr. 4 b, I.

Beerdigung von der Kapelle in Vorwerk am Mittwoch, d. 22. Juni, nachmittags 1.30 Uhr.

Sozialdemokr. Verein. (3188

Am 19. Juni starb unser Genosse

L. Thormann,
Maurer.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Mittwoch, dem 22. Juni, mittags 1½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

Der Vorstand.

Deutscher
Bauarbeit.-Verband

Nachruf.

Am 19. Juni starb unser Kollege (3182

Ludwig Thormann,
Maurer
im Alter von 71 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 22. dss. Mts., nachm. 1½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltungsstelle
Lübeck. (3183
Distrikt Schlutup.

Nachruf.

Am 17. Juni starb unser Mitglied

Maria Stabe.

Ehre ihrem Andenken.

Beerdigung Mittwoch mittag 1 Uhr von der Kapelle aus.

Die Distriktsleitung.

Klingelfee
ist die beliebteste (3191
30-Pfg.-Zigarrette.

Suche Wasch- und Reinmachestellen (3167
Engelsgrube 61/5.

E. 2-Z.-Wohn. g. 3- od. 4-Z.-W. zu tausch. v. Holst. Ang. u. Z W an die Exp. (3178

Ein ält. Herr wünscht ein gut möbl. Zimmer. Ang. u. S P a. d. Exp. (3170

Kd.-Bettst., Sitz- u. Liegewagen bill. z. v. (3165
Langer Lohberg 1, I.

---

2 räd. st. Handwg. f. 80 Mk.
3168) Vorbeckstr. 19.

Neuer Nähtisch z. verk.
3186) Karpfenstr. 24.

1fl. Gaskocher z. verk.
3177) Fleischhauerstr. 25, III.

Fahrrad zu verk.
3163) Pelzerstraße 31 a.

Gut. Dam.- u. Herr.-Rad bill. Wakenitzmauer 42,
3185) Fahrradhandlung.

Z. verk. 1 Sofatisch und Spiegel u. ein Schloßkorb.
3172) Mittelstraße 2, I.

Deutsch. Schäferhd. b. z. v.
3173) Zietenstr. 8 b.

Sportw. m. o. o. Verd. ges. Ang. u. V W. a. E. (3166

Ein Trauring gefunden.
3076) Abz. Kerckringstr. 30, pt.

Stinnes

und seine 600 000 Arbeiter

Preis Mk. 2.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Steuerbuch

enthaltend:

Einkommensteuergesetz
Körperschaftssteuergesetz
Kapitalertragsteuergesetz
Landessteuergesetz
Erbschaftssteuergesetz
Reichsabgabenordnung

mit gemeinverständlichen Erläuterungen.

Herausgegeben von
Wilhelm Keil.
Preis Mk. **20.—.**

Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Auszug aus den wichtigsten Steuergesetzen

in Plakatform, zweifarbig gedruckt, nach dem Stande vom 1. April 1921,

Preis Mk. 3.00.

Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co.,
Buchhandlung.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiterverband.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 22. Juni, abds. 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Privatwirtschaft, Volkswirtschaft, Gemeinwirtschaft. Referent: Kollege **Scheibel, Hamburg.**
2. Wahl von Ersatzmännern zur Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

Pflicht der Kollegen ist es, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Am Sonntag, dem 3. Juli, findet eine

Außerord. Generalversammlung

im Lokale **Lender, Hundestr. 41,** statt.

Tagesordnung:

Die Beschlüsse des Verbandsbeirats.

Zu dieser Versammlung müssen alle Vertreter aus den Zahlstellen erscheinen.

3181) **Der Bezirksvereinsvorstand.**

„Klingelfee"
die beste beliebteste 30-Pfg.-Zigarette!
Engros-Lager: **G. Grundmann,** Tel. 418
Schüsselbuden 32. (3189

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Geschäfts-Eröffnung.

Diana-Drogerie

Paul Stammer. (3192

Warendorpstr., Ecke Glandorpstr.

Farben ▪ Drogen ▪ Apotheker-Waren ▪ Tapeten ▪ Kolonialwaren

Wieder eingetroffen
sind die bekannt guten Qualitäten

Hemdentuche
Meter **7.90 8.90 10.50**

Nessel
Meter **6.90 8.90 9.50**

Walter Griephan & Co.,
Hüxstrasse 74. (3175

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse** (3170) sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch. u. Tier p. g. M. Wunsch. Verk. nur **Heinr. Wiese,** Aegidienstr. 4. Pr. **5 u. 7.50** M. Postvers.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr.
Heinrich Ohde.
3159)

Louisenlust.

Morgen Mittwoch: **Tanz.** Damen Eintritt frei. (3160

Neues Volksliederbuch
mit Anleitung zur Lautenbegleitung.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

H. B. R.

Sitzung (3184
am Mittwoch, 22. Juni, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Hansa-Theater
8 Uhr. 8 Uhr.
Heute Dienstag und Mittwoch:
Der große Erfolg.
Die (3187
Scheidungsreise.
Donnerstag, 23. Juni: Einmaliges Gastspiel **Reinhold Wolf.**
Der verjüngte Adolar.
Adolar — Reinh. Wolf a. G.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46,

Jeder Zigarrettenraucher rauche (3190
Klingelfee!

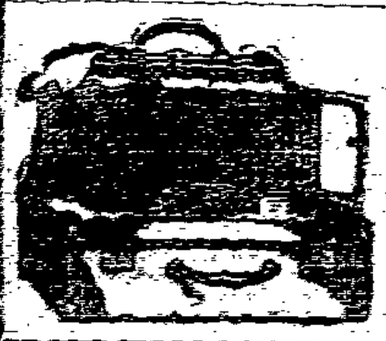
Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau von Lübeck. ◆◆ C.

Hotel Stadt Hamburg,
Lübeck.

Weißer Engel
Endstation der Straßenbahn-Linie 1.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.

Uhren-Henke,
Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorteilh. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

B. Dittmer, Schuhbesohlanstalt, Fünfhausen Nr. 7



Billige Bezugsquelle
a echten Lederwaren, Koffern u. Reisenartikeln
F. Fränkel,
Breite Str. 35.
Lübecker Hof.

Elektrische Artikel aller Art preiswert i. Spezialhaus „ELEKTRA", Tel. 3230, Königstraße 62.

Alfons Helle
Dankwartsgrube 40.
Werkstatt f. Holzmalerei und Möbellackierung.

Franz Wehrendt,
Balauerfohr 35, Tel. 3943
An- u. Verk. sämtl. Kleid. Wäsche, Fußzeug, Bett.

Frau F. Jacobson,
Glockengießerstraße 44.

Margarete Rabe, Putzgesch.
Mühlenbrücke 2.

J. Bautenzieind,
Schuhw., Mühlenstr. 34.

Friedr. Michael
Gartensämereien,
Breite Str. 33, Tel. 2014.

Wolle spinnt und färbt H. BÖSSEL, nur Hüxstraße 37.

C. G. Torkuhl, Fünfhausen 12. Wäsche, Aussteuer- u. Herrenartikel.

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427. Seilerwar., Ang.-Ger., Fischn.

E. Steen, Wahmstraße 58 Öfen u. Herde, Buntes Tongeschirr.

Fr. Rempke, Königstr. 123 Tel. 3518, Fahrr. Karbidl., Wringm.

Adolf Hinze,
Anfert. ff. Herrengarderobe
Königstr. 48 a.

Karl Kleinfeld, Bahnhofsstraße 8. Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Johannisstr. 14
Pianos
Hausmann
Stimmen
Reparaturen.

Cari Topp Inh. Gg. Jürß, Marlesgr. 34, Antiquitäten-Haus.

C. Grimm Nachf.
Schlumacherstraße 6.
Leder — Schäftestepper.
Zubehörartikel. T. 2029.

Benfist R. Düffer,
Breitestraße 44 II.

E. Lüthge, Johannisstr. 43 I, Damen-Frisier-Salon.

Br. Brümmer, Fackenb. Allee 64, Fahrrdhdl. u. Rep.-Wkst.

Bettenhaus Karstadt
Holstenstraße.

Färberei Reimers,
Fischergrube 50.

J. Krause, Inh. O. Krause Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lubeca
Tel. 3121, Breitestr. 13.

A. Drückhammer, Königstr. 33. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

J. Wulf, Kohlen-, Holz- u. Kartoffelhdlg. Dornestr. 19-19a. T. 2226.

F. W. Lichtenstein,
Barbier, Gr. Burgstr. 11
Flechten, Haubennetze.

Gustav Pütter, Uhrmacher, Lindenstr. 46, E. Meierstr.

J. Gramckow,
Schuhwarenh. Beckergr. 23

Fahrrad Karstadt & Laurisch
Geniner Straße 46, Telephon 1158.
Chemische Reinigung — Teppichklopfwerk.
Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite Straße 85/87, Fackenburger Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fernsprecher 943.
Brennmaterialien * Transporte aller Art.

Otto Gattermann, Ingenieur, Balauerfohr 17.
Inhaber der Lübecker Metallwarenfabrik.

◆◆◆◆◆ Schwartau ◆◆◆◆◆

Zigarren, Zigarretten, Rauchtabak in all. Preisl., nur erste Fabrik., **Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt,** Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. * **Marktpavillon:** Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche * Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

---

Waldhalle: Tägl. Konzert
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch. Jed. Sonntag: Konzert.
Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Hotel Lübecker Hof, am Markt :: Tel. 1066.

Hotel Kronprinz Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn

---

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16 Tel. 1842 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.

W. Wiencke, Lübeck. Str. 4, Tel. 2442, Autorep. Fahrräder, Nähmasch.

Herm. Schwaberow
Zahnpraxis

Anna Martin
Putz- und Modewaren

Kaffeegarten Schwarz
vorm. Rogall,
Am Riesebusch.

Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen

Beilage zu Nr. 142
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 21. Juni 1921

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 21. Juni.

Sommer!

Der Frühling ging zu Ende
der Nachtigallen Schlag
hört mit der Sonnenwende
schon auf in Busch und Hag;
vorbei des Lenzes Kühle
in leuchtend heller Nacht,
nun kommt des Sommers Schwüle
mit seiner Rosenpracht.

Und immer geht ein Sprießen,
ein Werden durch die Welt,
ein Drängen und Genießen,
wenn reif die Frucht geschwellt;
doch wenigen nur spendet
sie voll der Ernte Preis,
der Hand, der sie vollendet,
wird nur ein dürftig Reis.

Jakob Audorf.

Aus der Bürgerschaft.

Die Notverordnung über den Wohnungsmangel. — Beamtenbesoldungsgesetz. — Spielplätze und Kino. — Bürgerliche Abneigung gegen die Betriebsräte.

Wer die Hilferufe in der bürgerlichen Presse über die neue Notverordnung zur Wohnungsmangelverordnung — beiläufig gesagt: ein scheußliches Amtsdeutsch — gelesen hat, und wer gelegentliche Herzensgeheimnisse wütender Hausagrarier vernehmen konnte, der mußte sich auf saftige Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft gefaßt machen. Aber es kann lange „nicht so schlimm", wie sich die Vorkämpfer zur Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen erträumt hatten. Denn die fixe Einbildung, bei dem allgemeinen Rummel zur gewalttätigen Abwürgung aller Schutzmaßnahmen für die Zahlungsschwachen auch dem sozial wichtigsten Schutzgesetz die Kehle abzuschneiden, muß auch dem rückständigsten Mitbürger allmählich durch die traurige Wirklichkeit ausgetrieben werden. Hier spielen denn doch noch andere Beweggründe mit, als gemeinhin im Gehirnkasten des Durchschnittsphilisters Platz finden können. Es ist übrigens bezeichnend, daß gerade die Hauptgegner der Wohnungszwangsmaßnahmen aus den Reihen der Rechtsanwälte stammen. Wir sind natürlich nicht so boshaft, etwa behaupten zu wollen, diese Herren würden aus egoistischen Gründen gegen die Schutzverordnungen ankämpfen. Aber das ist gewiß, daß ihre in diesen Angelegenheiten Schutz suchenden Klienten recht eigensüchtige Persönchen sind. Der Teufel auch, wer soll nicht wild werden, wenn in die „heiligsten Rechte der Familie" eingegriffen wird. Da sucht man natürlich in verstaubten Pandekten nach, stellt neugierige Fragen, zwei mehr, als auf der Gesetzestafel verzeichnet stehen. Wir wollen sie nicht aufzählen, höchstens auf eine von den zwölf an uns gerichteten Fragen die Gegenfrage stellen: „Warum hat die Juristerei ein volles Jahr gebraucht, um herauszutifteln, daß die Maßnahmen des Wohnungsamtes gegen die Wohnungsnot zu Unrecht bestehen? Sind die Paragraphen so kniffflich oder wurde das Kniffliche erst hineininterpretiert? Notabene: Herr Dr. Wittern stellte diese Fragen nicht, diese kamen außerhalb der Bürgerschaft zugeflogen, dafür aber nannte er die ganze Gesetzesmacherei auf diesem Gebiet schuddertig und erklärte sie für bankerott. Wir werden diesen Schmerz ertragen, ihn um so lieber verschmerzen, als die Bürgerschaft in ihrer großen Mehrheit für die Not der Zeit Verständnis zeigte und die Vorlage annahm. Auch unsere Fraktion klebte nicht am Buchstaben, sondern stimmte im Interesse der Sache den Abänderungsanträgen von Herrn Wandke zu. Allerdings hatte die Bürgerschaft kein Verständnis für die Ummodelung des zweiten Paragraphen nach Witternschem Rezept, das für die Vermieter die süffigste Medizin verschrieb. Die Deutschnationalen ließen durch Herrn v. Brocken ihr Einverständnis mit der abgeänderten Vorlage kundtun. Als Gegner entpuppten sich außer Herrn Dr. Wittern nur einige Anwärter auf die Bürgerbundskandidaturen, rückständige Innungsmeister.

Das Beamtenbesoldungsgesetz wurde und mußte nach den Vorschlägen des gemeinsamen Ausschusses von Senat und Bürgerschaft angenommen werden. Das Reich fordert dessen Verabschiedung. Die Vertreter der Fraktionen haben in über 30 Sitzungen mit den Beamten eine äußerst schwierige und komplizierte Arbeit geleistet. Das Herausnehmen eines Gliedes aus der leicht zerbrechlichen Kette hätte das Ganze zerrissen. Herr Dr. Wittern kämpfte zur Abwechslung einmal gegen frühere monarchische Maximen, die den Richterstand finanziell geringer bewertet hätten als die hanseatischen Republiken. Die Titelsucht bekämpfte mit Recht Herr August Pape; die bürgerliche Abneigung gegen Räte, soweit es sich nicht um Geheimräte handelt, brachte er aber sehr unpassend vor. Die Regelung mit den Angestellten ist im Fluß.

Geschmacklos war auch die Auslassung des Demokraten Dr. Steffen gegenüber dem Polizeisenator, dem er vorwarf, dem Kinowesen mehr Liebe zu schenken als den Spielplatzbestrebungen. Es war eine durch nichts gerechtfertigte Unterstellung, nichts anderes als eine wilddemokratische Anrempelung eines politischen Gegners. — Die ganze bürgerliche Rückständigkeit und Abneigung gegen freigewerkschaftliche Betätigung entpuppt sich bei dem Antrag unseres Genossen Dreger, im Haushaltsplan 10 000 Mk. für die Ausbildung der Betriebsräte im Wirtschaftsgebiet Lübeck einzustellen. Die Demokraten versuchten durch allerlei schöne Redensarten und Winkelzüge ihre Rätefeindschaft zu verdecken, und Herr Dr. Wittern war bange für die eingebildeten Wissensvorrechte der „Gebildeten". Im Kampfe gegen das System der Wirtschaftsräte wurde gerade gestern bewiesen, wo mangelndes Begriffsvermögen sitzt. Genosse Dreger kennzeichnet scharf die Ahnungslosigkeit der Rechtler und Genosse Haut leuchtete in die verhängten Kammern der liebedienerischen Gewerkschaftsbünde. Daß bei der Abstimmung die gesamte Rechte sitzen blieb, ist für die übrigens längst bekannte Gesinnung der Aufbauparteien mit Einschluß der Demokraten bezeichnend.

Ueber die Forderung der Bürgerschaft, den länger als ein halbes Jahr Erwerbslosen eine Beihilfe zu gewähren und den über 50 Jahre alten Erwerbslosen vorzugsweise Arbeit zu verschaffen, machte der Senat längere Ausführungen. Er behauptete dabei, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge gerade dem letzteren Wunsche Rechnung trage. Daß dieses aber bis jetzt nicht immer der Fall ist, wird durch Tatsachen erwiesen. Man darf wohl mehr Berücksichtigung dieser selbstverständlichen Forderung in Zukunft erwarten.

Die Deutsche Volkspartei, die sich für die kommende Bürgerschaftswahl so große Rosinen in den Kopf gesetzt hat, zeigte ihr marktschreierisches Vorhandensein mit einer Eingabe über die staatliche Anerkennung der deutschvolksparteilichen und deutschnationalen Parteifahne an. Sie muß sich noch etwas gedulden, die nötige Antwort wird ihr sicher auch in der Bürgerschaft nicht vorenthalten werden.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Das Mitglied der Hamburger Bürgerschaft Dr. med. Knack hat durch den Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. eine Schrift erscheinen lassen, die weitgehendes Interesse erwecken wird. Die Broschüre ist betitelt: **Groß-Hamburg im Kampfe gegen Geschlechtskrankheiten und Bordelle** und enthält ein reichhaltiges statistisches Material über die Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten in den deutschen Groß- und Hafenstädten. Auch Lübeck wird mehrfach im Zahlenmaterial angeführt. Leider ist auch unsere Stadt in jener Reihe, die in Punkto **Geschlechtskrankheiten mit an der Spitze marschiert.** Grauenerregend sind die statistischen Nachweise, obwohl sie noch nicht einmal vollständig sind, sondern auf privaten Nachforschungen beruhen, die insbesondere die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zusammengetragen hat. Das Zahlenmaterial greift weit zurück. Das heutige Bild ist noch viel betrüblicher. Während 1913 in 37 Städten mit 13 300 000 Einwohnern im November-Dezember 72 000 geschlechtskranke Personen ermittelt wurden, waren Ende 1919 im Reiche über sechs Millionen vorhanden, also 10 % der Bevölkerung. Der Einfluß der Größe der Städte kommt in der Zahl der Erkrankungen sehr kraß zum Ausdruck. In Städten von über 100 000 Einwohnern schwankt sie von 3,35 bis 7,13 auf 1000 Einwohner. Hamburg steht mit 8 % an der Spitze. Berlin weist 6 % auf. Die Hafenstädte stechen aus der allgemeinen Statistik heraus. So wiesen Altona, Danzig und Lübeck 1913 mit zusammen 461 552 Einwohnern 2627 Geschlechtskranke auf, d. h. 5,7 (Lübeck 5,2) pro Tausend, während die Durchschnittszahl 4,34 beträgt. Die Gruppe Kiel, Königsberg und Stettin mit 724 172 Einwohnern meldeten 4071 Geschlechtskranke = 5,9 Prozent, im einzelnen Kiel 7,1, Königsberg 6,9 und Stettin 3,9 Prozent. Daß die Hafenstädte große Seuchenherde sind, zeigt der Verfasser an dem Hamburger Beispiel. Dort wurden 1910 in den Krankenanstalten 5339 venerisch Kranke = 88,6 % der Gesamtkrankenaufnahmen verpflegt, gegenüber einem Durchschnittssatz der Reichsstatistik von 37,4 pro Tausend der Gesamtkrankenhausverpflegten. Bei einer Aufstellung über die Art der Erkrankungen weist Lübeck die höchste Prozentzahl Tripperkranke auf: 60,3 %, weißer Schanker 4,3 und Syphilis 35,3. Dagegen steht es mit den syphilitisch Erkrankten gegenüber den aufgezählten 20 Großstädten außer Danzig um durchschnittlich 10 % besser da. Diese Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamterkrankungsfälle. In Hamburg erkrankten jährlich 7,6 % aller Männer von 15 bis 50 Jahren an Geschlechtskrankheiten, darunter 5 % an Tripper und 1,3 % an Syphilis. Diese erschreckenden Beispiele mögen genügen, um die gefährliche Verbreitung der Seuchen zu beweisen. Daß die Seeleute ein besonders großes Kontingent dieser Erkrankten stellen, weist der Verfasser an vielen Beispielen nach. Sie findet ihre Tatsache auch darin, daß in den tropischen Ländern die Geschlechtskrankheiten ganz gewaltig verbreitet sind. Auch unter den Besatzungen der Küstenschiffahrt und der Kleinen Fahrt, sowie bei den Flußschiffern sollen die Geschlechtskrankheiten nach ärztlichen Urteilen sehr verbreitet sein. In den Hafenstädten trägt der starke Fremdenverkehr stark zur Ausbreitung dieser Krankheiten bei. Lübeck wird mit 200—300 täglichen Fremdengästen angeführt. Recht interessant ist auch die Berufsgliederung der Erkrankten, wobei z. B. in Mannheim bei einer früheren Statistik die Kaufleute, Reisenden und Fabrikanten alle anderen übertreffen. Ebenso weist nach der vorjährigen Hamburger Statistik das Handelsgewerbe die meisten Geschlechtskranken auf. Mit ihnen wetteifern die Studenten und die Mannschaften der Sicherheitswehren. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß bei einem Vergleich der deutschen mit den amerikanischen und englischen Studenten die deutschen weit mehr infiziert sind. In der Prostitutionstabelle von 1919 ist Lübeck mit 75 eingeschriebenen Prostituierten verzeichnet, Hamburg mit 1307, Kiel mit 250 usw. Das Stahlbad des Krieges hat auch bewirkt, daß die Zahl der unter Kontrolle (nicht Kasernierten) stehenden Frauen von Jahr zu Jahr rapid angewachsen ist. 1915 wies Hamburg 579 Kriegerfrauen auf, 1917 dagegen bereits 1043. So erschreckend diese Zahlen sind, so bilden sie doch nur einen kleinen Teil der sich Verkaufenden. Die geheime Prostitution ist viel mehr verbreitet. Zahlenmäßig ist sie gar nicht zu erfassen. Die Polizeiämter errechnen sie z. B. in München auf 5000—6000, Bremen 500—600, Kiel 4000—5000, Altona 500, Lübeck 107; Hamburg und Berlin lehnten die Angabe einer Schätzungszahl ab. Wie ungeheuer groß die Ansteckungsgefahr bei der wilden Prostitution ist, zeigt die Zahl der von der Polizei Aufgegriffenen und Untersuchten. Der Prozentsatz der Erkrankten schwankte zwischen 16 bis 82. In Hamburg waren von 4696 Angegriffenen 1051 krank, in Altona betrug der Prozentsatz der geschlechtlich krank befundenen Frauen 63%. Bei einer Uebersicht über die Infektionsquellen war der Beruf der sich geheim prostituierenden Frauen: gewerbsmäßig Prostituierte 42 %, Verkäuferinnen (Kontoristinnen, Schneiderinnen, Modistinnen usw.) 28 %, Kellnerinnen 17 %, Haustöchter 5 %, Dienstmädchen 4 %, Theaterdamen 5 %, Arbeiterinnen 2 %. In Hamburg weisen die Erwerbslosen eine hervorstechende Zahl bei den Erkrankten auf. Zum Schluß sei noch das Alter der in Hamburg unter Kontrolle stehenden Mädchen und Frauen angeführt. Sie sind in allen Jahrgängen vorhanden, von 18 Jahren bis über die 50 hinaus. Die Jahrgänge von 22 bis 25 weisen die größte Zahl auf, 56jährige sind 3 angegeben, 57: 2, 59: 1, 61: 1, 66: 1 und sogar 71: 1.

Das Buch Dr. Knacks bildet eine große Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Die Not der Zeit hat so manche Frau auf Irrwege geführt, denen zu entkommen nicht leicht ist. Die Schrift weist aber auch Wege zur Besserung und zur Verhütung von der schrecklich grassierenden Volksseuche. Die jetzt

---

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

50. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich erkenne dich ja gar nicht wieder, Onkel Doktor. Weißt du noch, wie du auf dem Schiff dem Kapitän einen Dankbericht schreiben wolltest?"

„Auf dem Dampfer bin ich auch nicht ein einzigesmal nüchtern gewesen. Das weiß ich aber selbst, daß die Schiffahrtsgesellschaften von diesen Leuten und vom Frachtverkehr leben, und daß alle diese prächtigen Kajüteeinrichtungen nur Geschäfts- und Reklameunkosten sind, die die Auswanderer bezahlen müssen."

„Der Aermste muß immer alles bezahlen."

Die Elektrische hielt auf der Flatbusch Avenue an dem großen Platz, der zum Park führt.

„Da haben sie ihren Soldaten und Seeleuten einen Triumphbogen errichtet. Sie ehren doch die Leute, die für sie gestorben sind."

Der Doktor suchte schon wieder nach einer Entgegnung, aber Wittkamp ließ ihn nicht zu Worte kommen.

„Wir wollen uns jetzt über nichts mehr ärgern. Hier zwischen den Bäumen kann uns Neuyork nichts tun. Weißt du, daß noch das letzte Mal, als ich hier war, alles in Rot und Gelb und Blau stand. Durch den Frost sind die ganzen Blätter abgefallen."

„Ja, ich schlage vor, daß wir jetzt ein wehmütiges Lied singen!" sagte der Doktor ironisch. „Ich denke, seit deiner Scheidung hast du alle sentimentalen Grillen abgelegt?"

„Vielleicht den schönsten Tag meines Lebens habe ich im Bronxpark verlebt, seitdem ist alles trüb und grau geworden".

„Ich seh schon, hier hilft nur noch ein Schnaps. Also, wo ist der nächste Saloon? Uebrigens müssen wir ja heute noch Abschied feiern von Amerika. Ich habe großartige Rezepte zu heißen Drinks. Oder denkst du etwa, ich hätte in Barneys Kneipe nichts gelernt?"

Es war gut, daß Wittkamp den spöttischen Doktor mit seinen boshaften Bemerkungen bei sich hatte. Das bewahrte ihn vor dem Versinken in die graue Stimmung, die ihn bei der Erinnerung an Martha so quälte.

Vor zwei Tagen war die Scheidung gewesen, bei der sie beide ganz ruhig miteinander gesprochen hatten, scheinbar ohne jede Aufregung. Er wollte ihr sagen, daß er in wenigen Tagen nach Europa zurückkehre, denn sie mußte das noch nicht. Aber in einem Gefühl von Trotz und Stolz schwieg er und gab ihr nur die Hand. So schieden sie voneinander, und Martha wußte nicht, daß es ein Abschied für immer sein sollte.

„Also, wie ist das mit dem Ausgehen heute abend?" fragte der Doktor, dem das Schweigen Wittkamps nicht gefiel. „Sollen wir nicht mal nach Barney gehen?"

„Um Gottes willen, red' doch nicht solchen Unsinn. Ich habe die bestimmte Empfindung, daß du noch irgend eine Dummheit anfängst. Es geschieht gewiß noch ein Unglück vor unserer Abreise."

„Na, des freut mich. Wenn du schon mit Ahnungen anfängst, kann mir das nicht mehr passieren."

Der große Park lag in der grauen Stille da, die der Winter bringt. Alles hatte haberstorbene Farben, grün und grau und braun. Nur hier und da hing noch ein verlorenes Büschel roter Blätter an einer Wintereiche und in dem Gesträuch prangten weiße, rote und blaue Beeren.

Die Menschen lagen nicht mehr wie sonst träumend auf dem grünen Rasen, der Boden war kalt und aufgetaut von der Sonne. Nur die Eichhörnchen in ihrem feinen, silbergrauen Pelz arbeiteten noch in der dichten Laubdecke herum und suchten nach Buchecken und lauerten, ob man ihnen wohl etwas zuwerfen werde.

Aber der Park blieb doch schön. Freilich fehlte jetzt das frische Grün des Frühlings und das brennende Feuerwerk des Herbstes, aber die ruhige Stille, die über allem lag, die unbestimmte farblose Weichheit, die das Allzuharte und Aufdringliche milderte, brachte eine in Neuyork ungewohnte, feine Stimmung hervor, die die Menschen zwang, stiller zu werden als sonst. Sie besannen sich darauf, wie laut das Leben da draußen war und wie töricht im Grunde all dieses Lärmen und Wichtigtun.

„Ich will Martha noch einmal besuchen!" sagte Wittkamp plötzlich. „Ich habe ihr Unrecht getan, und sie weiß nicht einmal, daß ich fortgehe."

Sie fuhren zusammen in die Stadt zurück, und der Doktor setzte sich in ein deutsches Restaurant, um auf Wittkamp zu warten, der ihm versprach bald zurückzukommen.

20.

Als Wittkamp das Haus betrat, in dem Martha wohnte, wagte er es eine Zeitlang nicht, zu ihr hinein zu gehen. Erst als jemand die Treppe herunter kam, schritt er schnell durch den Korridor und klopfte an.

Martha stand in einem hellen Waschkleid da mit weißer Schürze und bügelte Oberhemden. Sie war erhitzt von dem Arbeiten mit dem glühenden Eisen und erschien ihm mit ihren geröteten Wangen und blitzenden Augen schöner als jemals. Trotz ihrer Verlegenheit streckte sie ihm freudig ihre Hand entgegen, aber es dauerte einige Augenblicke, bis er ein Wort hervorbringen konnte.

„Ich — ich wollte dir Adieu sagen, Martha. Ich reise morgen fort."

„Wie — was? Fort?" Sie war ganz erschrocken über seine Mitteilung. Sie wußte, daß er zu plötzlichen Entschlüssen neigte, und glaubte, daß ihn die Scheidung dazu bewogen habe. „Hab ich dir weh getan?"

„Ich geh nach Deutschland zurück."

„O, nach Hause!" sagte sie plötzlich und stand ganz aufgeregt da, unfähig noch ein Wort zu sprechen.

Er sah sie erstaunt an. „Du möchtest wohl auch am liebsten dorthin? Willst du mit?"

„Nein, nein!" sagte sie zurückfahrend in heftigem Ton. Niemals. Es kam nur so im Augenblick über mich."

Und dann erzählte er ihr ruhig von dem Leben, das er in der letzten Zeit geführt hatte. Ueber den Doktor und die Flucht aus dem Keller mußte sie laut lachen. Auch Wittkamp lachte mit, und so kamen beide über ihre anfängliche Verlegenheit hinweg.

„Der Doktor hat, ohne daß ich davon wußte, vorige Woche zwei Billetts auf einem Viehdampfer gekauft. Wir müssen da leichte Arbeit tun. Ich wollte es dir schon vorgestern sagen, aber ich konnte kein Wort hervorbringen. Ich war in so einer merkwürdigen Stimmung. Ich erwartete, du würdest mir ein freundliches Wort sagen, und ärgerte mich, weil du schwiegst."

„Wir waren beide in abscheulicher Laune, aber ich hatte die Hauptschuld." Sie lachte lustig. „Ich bin so froh, daß du noch einmal hergekommen bist. Warte nur einen Augenblick, ich will schnell noch meine Arbeit weglegen. Dann machen wir es uns gemütlich."

Er wollte ihr dabei helfen, aber sie wehrte ihm ab, indem sie unwillkürlich etwas kokettierte. „Nein, laß nur, du mit deinen Fingern. Ihr Männer seid alle so ungeschickt. Setz dich auf das Sofa. Ich werde dir gleich was zu Abend machen."

Er setzte sich ruhig hin, ohne ein Wort zu sprechen. Aber er konnte keinen Blick von ihr lassen. Ihre Freundlichkeit und das Gefühl, daß er jetzt hier in ihrer Wohnung war, löste den letzten Trotz in seinem Herzen und erfüllte ihn mit einer Weichheit, die er kaum noch verbergen konnte.

Plötzlich sah sie seinen traurigen, sehnsüchtigen Blick und wurde ernst. „Richard, du mußt nicht glauben, daß ich dich nicht gern habe, daß ich ein schlechtes Frauenzimmer bin. Es tut mir alles so leid, ich weiß auch gar nicht, wie es gekommen ist. Aber grade weil du so gut bist, kann ich nicht mehr bei dir bleiben. Ich ertrage die Erinnerung nicht. Und wenn du jetzt wirklich fortgehst, wirst du über das Gefühl schnell hinwegkommen. Du wirst mich schon vergessen, und dann hast du auch wieder Glück. Aber du darfst nicht im Bösen fortgehen. Und du schreibst mir auch einmal? Nicht?"

„Martha, meine liebe arme Martha."

Sie war auf einen Stuhl hingesunken. Er kniete neben ihr nieder und legte sein Gesicht in ihren Schoß. Er wollte nicht weinen, aber die Tränen fielen ihm aus den Augen. Dann zog sie sein Gesicht an sich und küßte ihn.

„Du bist mir nicht mehr böse?" sagte sie. „Du verachtest mich nicht?"

„Ich habe nie aufgehört, dich gern zu haben. Ich weiß nicht, warum das alles so kommen mußte, aber du hast gewiß keine Schuld gehabt. Wie du das letztemal fortgingst aus meiner Wohnung, da habe ich dir noch nachgesehen, und als du verschwunden warst, da brach ich fast zusammen." (Fortsetzung folgt.)

ärztliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch ärztliche Kontrolle wird eingehend unter Darlegung all ihrer Mängel geschildert, auch die Aufklärungs- und Vorbeugungsarbeit gewürdigt. Im Schlußkapitel aber wird die durch das Verlangen der modernen Frauenbewegung auf Beseitigung der Reglementierung brennend gewordene Frage der Aufhebung der Bordelle behandelt, und zwar in einem Sinne, der die kleine Schrift empfehlenswert für jeden an diesem Teil der sozialen Frage Interessierten macht. Im Interesse des allgemeinen Volkswohles ist der Schrift die weitestgehende Beachtung und Verbreitung zu wünschen. xx.

Ludwig Thormann †. Die Reihen der alten sozialistischen Vorkämpfer, die unter den schwierigsten Verhältnissen des schändlichen Ausnahmegesetzes den Boden bearbeitet, auf dem der Same des Sozialismus aufgehen, blühen und Früchte tragen konnte, werden durch den Tod immer mehr gelichtet. Nun ist auch Ludwig Thormann, fast 71 Jahre alt, ihm zum Opfer gefallen. Genosse Thormann, von Beruf Maurer, schloß sich schon in jungen Jahren der Partei an und wurde bald eines ihrer tätigsten Mitglieder. Zu Beginn der neunziger Jahre übertrugen ihm die Genossen den Vorsitz im Sozialdemokratischen Verein, wohl der beste Beweis dafür, wie hoch man seine Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung einschätzte. Auch die Gründung der Lübecker Genossenschaftsbäckerei erfolgte unter seiner tätigen Mitwirkung; er wurde ihr erster Geschäftsführer. Als Thormann sich später selbständig machte und hier als Maurermeister ein eigenes Geschäft betrieb, zog er sich mehr und mehr vom politischen Leben zurück. Doch blieb er seiner Ueberzeugung treu. Als dann die Revolution wenigstens die politische Gleichberechtigung der Arbeiter brachte, sah er freudig ein Ziel erfüllt, für das er manches Jahrzehnt gekämpft hatte. Das erfüllte ihn mit besonderer Genugtuung. Nun ist auch er hinübergeschlummert in die Gefilde des Friedens. Wenn die Arbeiterschaft kämpft für ihre Ideale, dann handelt sie auch im Sinne dieses Toten und ehrt sein Andenken in schönster Weise.

Dem Präsidenten des Hanseatischen Oberlandgericht Dr. Hansen, der vor einiger Zeit seine Versetzung in den Ruhestand aus Gesundheitsrücksichten erbeten hat, ist von den drei Senaten Hamburg, Lübeck, Bremen diese Versetzung in den Ruhestand auf den 1. Oktober d. Js. bewilligt. Dr. Hansen gehört dem Hanseatischen Oberlandesgericht seit 1. Juni 1885 an, und zwar zunächst als Rat, seit 16. September 1903 als Senatspräsident und seit 1. Oktober 1917 als Präsident.

Umgehung des Nachtbackverbotes. Der Verband der Bäcker und Konditoren schreibt uns: Laut Verordnung vom 23. Nov. 1918 ist in den Bäckereien und Konditoren jegliche Herstellung von Backwaren in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Seit langen Jahren haben die Gesellen für Erreichung dieses Nachtbackverbotes gekämpft, bis endlich dieser Forderung von der Regierung stattgegeben wurde. Der Konkurrenzneid verleitet nun einzelne Betriebe zur Ueberschreitung dieses Nachtbackverbotes, um möglichst früh frische Semmel anbieten zu können. Das liegt aber nicht im Interesse der Gesellen und Lehrlinge des Bäcker- und Konditorenberufs. Wir fordern die werktätige Bevölkerung auf, uns die Errungenschaft schützen zu helfen, indem sie bei den Bäckern nicht darauf drängt, möglichst früh warme Semmel zu bekommen. Derartige Forderungen geben den Bäckern nur Anreiz zur Uebertretung des Nachtbackverbots. Diejenigen Betriebe aber, die vor 6 Uhr morgens anfangen und nach 10 Uhr abends arbeiten, bitten wir uns zu melden, damit wir diese zur Anzeige bringen können. Die Kontrollkommission.
J. A.: J. Holm, Mühlenstraße 8.

Ein kleiner Demonstrationszug, an dem sich etwa 250 Personen beteiligten, durchzog am Montag abend verschiedene Straßen der Stadt. Es wurden Plakate mitgetragen, auf denen für die 10 Punkte des Allg. D. Gewerkschaftsbundes eingetreten wurde. Auf einem andern war zu lesen: Wir wollen Arbeit und keine Bettelei. Die Demonstranten brachten verschiedene Hochrufe aus und sangen die Arbeitermarseillaise.

Wärmeres Wetter ist nach Berichten des Berliner Wetterbureaus in Sicht. Das unbehagliche kalte Wetter, das seit einigen Tagen nach den schon außerordentlich warmen Junitagen eingetreten ist, soll seinen Höhepunkt überschritten haben. Mit dem bevorstehenden Wetterumschlag wird mit einer wesentlichen Lufterwärmung gerechnet. Hoffentlich tritt diese Prophezeiung ein. Es wird höchste Zeit, daß die rauhen Stürme endlich aufhören. Wenn auch glücklicherweise Frostschäden im allgemeinen in unserer Gegend nicht zu verzeichnen sind, so hat doch das anormale kalte Wetter das Wachstum in Feld und Garten stark behindert. Kalendermäßig ist heute Sommeranfang; hoffentlich richtet sich die Witterung auch ein wenig danach. — Wie uns berichtet wird, wurde gestern durch den Sturm in der Moislinger Allee einen großen Lindenbaum entwurzelt. Der Baum fiel auf die Stromleitung der Straßenbahn und riß einen Mast der Drahtleitung mit sich. Die Feuerwehr mußte zu Hilfe kommen.

Hansa-Theater. Der musikalische Schwank „Die Scheidungsreise" erleidet am Donnerstag, dem 23. d. Mts., eine Unterbrechung, weil der hier bestens bekannte Komiker Reinhold Wolf in dem überlustigen Operettenschwank „Der verjüngte Adolar" als Adolar ein einmaliges Gastspiel absolviert, mit welcher Rolle Reinhold Wolf im Monat Mai in Königsberg wahre Triumphe gefeiert hat.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 21. Juni morgens 6 Uhr 14½°; mittags 12 Uhr 14½° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

w **Mölln.** Zur Milchverteuerung. Im Verfolg der kürzlich hier wegen der Milchteuerung stattgefundenen Versammlung, in der eine Kommission zur Verhandlung mit dem Meereibesitzer Evers hier gewählt wurde, hat die Kommission am Freitag mit Herrn Evers verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlung ist null. Herr Evers bestreitet, irgendwen beeinflußt zu haben, bestimmte Preise für Milch zu fordern. Bei Erbringung eines Beweises zahlt er tausend Mark. Er sei Meereibesitzer und hätte das Bestreben, seinen Betrieb, in dem er 1914 2 945 000 Liter Milch verarbeitete, 1920 jedoch nur 660 000 Liter, auf die vorkriegszeitliche Höhe zu bringen. Er sei deshalb um Lieferanten bemüht gewesen, hätte jedoch Milch unter 2 Mk. pr. Liter nicht bekommen können, da die großstädtischen Händler den Landleuten diesen Preis zahlen. Hinzu kämen Transportkosten, Verdienst der Zwischenhändler, Transport zu den Zwischenhändlern, so daß er das Liter nicht unter 2,50 Mk. abgeben kann. Zu der hier bestehenden Milchknappheit bemerkte Herr Evers, daß er jedesmal oder verschiedentlich die Stadtverwaltung darauf aufmerksam gemacht habe, daß Mölln unter Milchknappheit leiden müßte, wenn die Stadt nicht Schritte unternehme, Milch heranzuschaffen. Er hätte jedoch irgendwelche Antwort nicht erhalten. Herr Evers bemerkte aber ausdrücklich, daß diese Mitteilungen an die Stadtverwaltungen gegangen seien, ehe die Sozialdemokratie im Rathause vertreten war. Es bleibt also bei 2,50 Mk. pr. Liter aus der Meierei und müßte die Bevölkerung mit einer Erhöhung dieses Preises rechnen, da die Milchzeit vorüber sei. Interessant war noch die Mitteilung des Herrn Evers, daß ein ihm liefernder Domänenpächter 2 Mark für das Liter Milch fordere, weil, nun weil der Kreis die Erhöhung der Domänenpachten forderte. Herr Domänenpächter Maltzan-Marienwalde, der hier nur in Frage kommen können, wehrte sich im Kreistage wie ein Löwe gegen die Erhöhung der Pachten und es zeigt von dem sozialen Empfinden dieses Herrn, wenn er nun gerade die Milch zu dem Objekt macht, mit dem er die Pachterhöhung bezahlen will. Noblesse oblige.

Pansdorf. Unglücksfall. Freitag abend wurde der auf dem Rade von Eutin kommende Arbeiter Fiehn aus Alt-Techau an der Kreuzung der Eutiner und Timmendorfer Chaussee beim Delfskschen Gasthause von dem von Timmendorf kommenden Autoomnibus der Nordmarkgesellschaft überfahren. Er erlitt eine schwere Quetschung der Brust und mußte sofort in ärztliche Behandlung, die glücklicherweise bald zur Stelle war, gegeben werden. Das Rad wurde total demoliert. Wie das Unglück entstanden, konnte noch nicht ermittelt werden.

Dassow i. Mecklbg. Unglücksfall. Die Pferde eines aus Lübeck kommenden Fuhrwerks scheuten dicht vor dem Orte bei Schwanbeck vor einem Heuhaufen. Der Führer hielt die Pferde stramm im Zügel, aber leider riß die Leine, und beim Vorstoß der Pferde stürzte die eine Frau vom Wagen und erlitt schwere innere Verletzungen, eine andere starke Armverletzungen. Die Pferde wurden im Orte angehalten. Die Verunglückten wurden von einem Auto aus Lübeck zurückgeführt.

Preetz (Holstein). In den Wurstfabriken ist der Streik ausgebrochen wegen Differenzen über den Lohntarif. Die auswärtigen Kollegen werden hieraus ihre Folgerungen zu ziehen wissen.

Kiel. Die Kapp-Putsch-Kosten. Die städtischen Kollegien haben weitere 175 000 Mk., also mit den vorjährigen Summen insgesamt 1 975 000 Mk. zur Deckung der durch die Kappunruhen im März des vergangenen Jahres entstandenen Kosten bewilligt. Das Geld wird wie folgt Verwendung finden: 1. Vergütung eines Teiles des während der Streiktage verlorengegangenen Arbeitsverdienstes an die in den Kieler Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter in Höhe von rund 1 620 000 Mk.; 2. die Zahlung des Unterschiedes zwischen Arbeitsverdienst und Krankengeld an die während der Märzunruhen Verwundeten mit rund 280 000 Mk.; 3. Beerdigungskosten mit rund 40 000 Mk.; 4. Vorschüsse an Hinterbliebenen-Rente 85 000 Mk. Von den zur Auszahlung kommenden Schadenersatzbeträgen trägt das Reich die Hälfte, der preußische Staat ein Drittel und die Stadt Kiel ein Sechstel.

Neumünster. Karge verhaftet. Der geistige Urheber des geplanten Anschlages auf die Hochbrücke in Rendsburg, der Kommunist Mechaniker Bernhard Karge, wurde von zwei Kriminalbeamten in Kassel, wohin er geflüchtet war, aus dem Bett heraus verhaftet. Karge hatte sich in Kassel unter einem falschen Namen eingemietet. Seine Einlieferung in das hiesige Zentralgefängnis erfolgt sofort.

Altona. Eine verpuffte Aktion. Der von dem sogenannten Reichserwerbslosenausschuß herausgegebenen Parole für eine einzuleitende Aktion, welcher der Erwerbslosenrat Altona bereitwilligst Folge geleistet hat, waren von den 8400 Erwerbslosen in Altona nur ungefähr 800 gefolgt. In der Versammlung in „Karlsruhe" stellte sich Jensen, der von der Hamburger Volkszeitung zum Zwecke der Erwerbslosigkeit beurlaubt war und der sich sofort in den Erwerbslosenrat wählen ließ, vor und hielt die vorgeschriebene Rede. Eine Resolution, die die schleunige Durchführung der bekannten 10 Punkte forderte, wurde angenommen. Eine Kommission von fünf Personen soll diese ins Gewerkschaftshaus befördern. Während der Diskussion, die über die eingeleiteten Maßnahmen des Arbeitsamtes einsetzte, ging das kleine Häuflein der Versammelten zum Teidwesen des Herrn Jensen bald auseinander. Wie schlimm muß es mit der VKPD. bestellt sein, wenn selbst die Person des ersten Vorsitzenden die „Revolutionäre" nicht mehr zusammenhalten kann.

Gadebusch. Herzlose Autofexen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstagabend im Dorf Ganzow. Der Böttchermeister Bollow fand den etwa 10jährigen Sohn des Hofbesitzers Hasselbring von einem Automobil, welches in Richtung Ratzebuhr fuhr, überfahren auf der Chaussee liegend. Die Verletzungen sind schwerer Art. Neben zweimaligem Armbruch, erheblichen Verletzungen im Gesicht sind anscheinend auch noch weitere innere Verletzungen vorhanden, so daß die Ueberführung nach Schwerin notwendig war. Es besteht jedoch Hoffnung, das verunglückte Kind am Leben zu erhalten. Als Gefühlsroheit muß es bezeichnet werden, daß die Insassen des Autos — zwei Damen und der Chauffeur — sich garnicht um das unglückliche Kind kümmerten. Hoffentlich gelingt es, diese Rohlinge, denen ein Menschenleben nichts galt, zu fassen und der Bestrafung zuzuführen.

Bremen. Der Bauarbeiterstreik beendet. Nach 16tägiger Dauer ist am Sonnabend der Streik mit Erfolg beendet. Das Lohnbezirksamt und ein Schiedsgericht brachten kein annehmbares Angebot. Durch Vermittlung einzelner Herren des Wohnungs- und Siedlungsausschusses ist es gelungen, die beiden Parteien zu Verhandlungen zu bewegen. Die Unternehmer erklärten sich bereit, an Lohnzulagen zu gewähren: im Unterweser-Emsbezirk in Orten mit mehr als 5000 Einwohnern 15 ₰, mit mehr als 10 000 Einwohnern 25 ₰, mit mehr als 20 000 Einwohnern 30 ₰, Bremen 45 ₰ die Stunde. Nach diesem Angebot beträgt der Lohn für einen gelernten Arbeiter (Maurer und Zimmerer) 7 Mark.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 20. Juni.

Wortführer: G. Ehlers. Beginn: 6,25 Uhr.

Der Wortführer verliest ein Senatsdekret, nach dem die Mehrkosten des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes sich für 1920 auf 4 Millionen Mark belaufen, für 1921 dagegen auf 5½ Millionen. Ein Teil der Mehrkosten der erhöhten Teuerungs- und Ortszuschläge wird vom Reiche erstattet. — Weiter teilt der Wortführer mit, daß er den Voranschlag zum Haushaltsplan für 1921 dem Haushaltsausschuß überwiesen habe. Der Haushaltsplan wird in 14 Tagen in der Bürgerschaft beraten. — A. Pape (frktl.) bemängelt die späte Zustellung der Senatsanträge an die Bürgerschaftsmitglieder und wünscht die Absetzung von 8 Anträgen. — Die Ortsgruppe der deutschen Volkspartei fordert in einer Eingabe, daß sich Lübeck bei der Reichsregierung für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge einsetzen möge. Das Schriftstück wird dem Eingabenausschuß überwiesen. — Das Bürgerschaftsmitglied Mohr (Dem.) gibt durch Schreiben bekannt, seine Vorwürfe gegen die Baubehörde hätten sich als nicht stichhaltig erwiesen. — Vom Senat wird ein Dekret verlesen, wonach dem Ersuchen der Bürgerschaft auf Erleichterungen für alle Unfallverletzten resp. Beinbeschädigten im Straßenbahnverkehr aus finanziellen Rücksichten nicht stattgegeben werden könne. — Weiter machte der Senatskommissar Mitteilung zu dem Ersuchen, den länger Erwerbslosen eine Beihilfe zu gewähren und dafür zu sorgen, daß die über 50 Jahre alten Arbeitslosen im Arbeitsprozeß untergebracht werden. Das Arbeitsamt könne dem Ersuchen nicht stattgeben. Durch die produktive Erwerbslosenfürsorge würden Staatsarbeiten ausgeführt, bei denen die meisten über 50 Jahre alten Erwerbslosen beschäftigt würden. 152 Erwerbslose seien bereits beschäftigt und weitere 80 würden demnächst eingestellt. Hauptaufgabe der produktiven Erwerbslosenfürsorge sei es gerade, älteren Leuten, die auf dem freien Wirtschaftsmarkte nicht unterkommen könnten, Arbeit zu verschaffen. Im Reichstag würde ein Gesetz ausgearbeitet, nach dem die länger als ein halbes Jahr arbeitslos Gewordenen weiter Unterstützung beziehen könnten. Nach Annahme des Antrages würden dann auch Lübeck Mittel für diese Zwecke zur Verfügung gestellt und dann könne dem Wunsche der Bürgerschaft entsprochen werden.

1. Antrag: **Mittel zur Durchführung der Kinderfürsorge.** — Wird angenommen.

2. Antrag: **Erlaß einer Notverordnung zur Wohnungsmangelverordnung.** — Wandke (Dem.) hält es für unangebracht, daß in diese Notverordnung neue Bestimmungen einbezogen werden. Der Redner stellt entsprechende Aenderungen. — Dr. Wittern (frktl.) hält die Verordnung auch durch diese Abänderungen für unannehmbar. Gegenwärtig tagten zwei Ausschüsse, die sich mit der Wohnungsordnung beschäftigten. Trotzdem komme man mit einem neuen dritten Gesetz. Das zeige, daß die ganze Gesetzesmacherei auf dem Gebiete des Wohnungswesens bankerott gemacht habe. Das Wohnungsamt habe man gar nicht über diese Verordnung gehört, sondern das Wohlfahrtsamt, dem der Senat nachhüpfte. Alter und Erfahrung sollten diese Behendigkeit denn doch einschränken. Die Untermauerung mit solchen Fundamenten reiche gesetzlich nicht aus. Wohnungs- und Einigungsamt seien nicht unabhängig; das Wohlfahrtsamt stehe über ihnen und decke beide. Die Notverordnung müßte zum mindesten befristet sein, etwa bis 30. September 1921. Die Verordnung sei weder gut noch schlüssig. Eine derartige Gesetzesmacherei sei schludderig. Die Bürgerschaft müßte aus Selbstachtung diese Notverordnung ablehnen und zunächst das Ergebnis der Beratungen ihrer Ausschüsse abwarten. Der Redner schlug eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. So wünscht Dr. Wittern im § 2 u. a., daß dem Vermieter gestattet wird, sich in einer gewissen Frist einen Mieter selbst zu suchen und mit diesem einen Mietvertrag abzuschließen, wie er diesen für richtig hält. Erst wenn keine Einigung zustande kommt, soll das Verordnungsgesetz eingreifen. — Dr. v. Broecken (DN.) erklärt für seine Fraktion, daß der Weg einer Notverordnung nicht bedenkenfrei sei. Gerechterweise müsse man aber zugeben, daß sich die Staatsbehörde auf eine Rechtsgrundlage stützen könne. Bei aller Abneigung gegen die Zwangswirtschaft in deutschnationalen Kreisen müsse man im allgemeinen Interesse dafür sorgen, daß die Behörde ihrer schweren Aufgabe nachkommen könne. Deshalb müsse man die grundsätzlichen Bedenken zurückstellen und den vorgeschlagenen Weg billigen. Würden die Abänderungsanträge Wandkes angenommen, sei eine Grundlage der Gerechtigkeit gegeben, der man die Objektivität nicht absprechen könne. — Haut (Soz.) gibt für seine Fraktion die Zustimmung für die Abänderungsanträge kund. — A. Pape (frktl.) erklärt für seine Person, gegen die Vorlage zu stimmen. Es liege keine Notwendigkeit für die Verordnung vor. — In der Einzelberatung werden die Paragraphen in der abgeänderten Fassung angenommen und hierauf das ganze Gesetz mit Zweidrittelmehrheit.

3. Antrag: **Weitere Verstärkung der Mittel der Beamtenunterstützungskasse.** — Wird angenommen.

4. Antrag: **Erlaß eines neuen Beamtenbesoldungsgesetzes.** — Dr. Wittern (frktl.) erklärt, die Besoldungsordnung bewirkt hinsichtlich der rechtsgelehrten Beamten eine ungünstige Verschiebung gegenüber den höheren Verwaltungsbeamten. Seit altersher hätten die Richter in den Hansestädten eine Vorzugsstellung in bezug auf die Gehaltsfrage genossen. Das sei Lübeck und den Hansestädten stets zum Vorteil gereicht. In den monarchischen Staaten dagegen seien die höheren Verwaltungsbeamten gegenüber den Richtern bevorzugt worden. Von demokratischer Seite habe man dieses stets bekämpft. Heute führe man bei uns das ein, was im monarchischen Staate bekämpfungswert erschien. Darin erblickt Redner eine Gefahr für die künftige Gestaltung unseres Staatsinteresses. — A. Pape (frktl.) bringt einen Spezialwunsch in der Gehaltsrubrizierung vor und bedauert, daß man die Angestelltengehälter noch nicht geregelt habe. Das sei wichtiger als die Förderung der Titelsucht in unserem Staatswesen. — Senator Dr. Vermehren erklärt, der gemeinsame Ausschuß habe in seinen vielen Sitzungen alle Einzelheiten wohl erwogen. Auch der Richterstand sei durchaus gerecht behandelt worden. Die Beamtenkommission habe sich auch um die Erledigung der Tariffrage der Angestellten bemüht. Auch deren Gehaltsfrage werde in allernächster Zeit geregelt. Die Aufwendungen durch diese Vorlage betragen für die beiden Jahre 1920/21: 9½ Millionen Mark. Durch das neue Teuerungszulagensystem sei jederzeit ein Abbau der Gehälter möglich, sobald sich eine Besserung der Existenzbedingungen zeige. — Die Vorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen, ein Abänderungsvorschlag Papes abgelehnt.

5. Antrag: **Weitere Erhebung einer Kirchensteuer.** — Wird angenommen.

6. Antrag: **Staatszuschuß für die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.** — Schiemann (Dem.) wünscht eine Prüfung, ob nicht die Einnahmen der Gesellschaft erhöht werden können. Insbesondere könnte die Spar- und Anleihekasse mehr herangezogen werden. — Der Senatsantrag wird angenommen.

7. Antrag: **Uebernahme einer Bürgschaft für den Lübecker Gemeinnützigen Hypothekenverein G. m. b. H.** — Wird angenommen.

8. Antrag: **Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1921.** — Wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

9. Antrag: **Herstellung einer Trinkwasserstelle und eines öffentlichen Abortes auf dem Gestade beim Viehhofe.** — Wilhelm Mengel (Soz.) macht auf die traurigen Wasserverhältnisse in der Ritterstraße aufmerksam. Insbesondere im Winter seien sie unhaltbar. 40—45 Familien würden davon betroffen. Schon in früheren Jahren habe das Bürgerschaftsmitglied Peter Pape diesen Zustand gerügt. Man müsse endlich Abhilfe schaffen. — Riechert (Soz.) fordert auch für Vorwerk die Anlegung eines Brunnens, der gutes Trinkwasser liefere. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

10. Antrag: **Siedlungsland an der Vorrader Straße.** — Henk (DN.) hätte lieber gesehen, wenn man diese Siedlungen nach Rothebek verlegt hätte. So nehme man den Gärtnern Land weg und schädige deren Existenz. Auch die Siedler müßten Opfer bringen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: **Anlage von Spielplätzen.** — Dreger (Soz.) beantragt Ueberweisung an einen Ausschuß. — Dr. Steffen (Dem.) macht auf die starke Belegung der Spielplätze und auf den Mangel an solchen aufmerksam. Auch durch die Schaffung der geforderten zwei Spielplätze werde nur das allerdringendste Bedürfnis gehoben. In nordischen Staaten werde in dieser Beziehung ungeheuer mehr geleistet. Die Stadtverwaltungen stellten sogar jedem Spielgeräte zur Verfügung. Dadurch würden die Kinderpöbel in den Sommermonaten geleert. Der Polizeisenator mit seinem einseitigen Blicke sollte sich einmal über die Verhältnisse in Gothenburg informieren. — Aug. Pape (frktl.) hält auch den Hansapark zu einen Spielplatz geeignet. Er diene diesem Zwecke besser als zum Stelldicheinplatz für Liebespärchen. — Der Antrag Dreger (Soz.) wird angenommen.

12. Antrag: **Erlaß eines Gesetzes über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senates und der Behörden.** —

Bei sprödem Barthaar

und empfindlicher Haut zeigt sich beim Rasieren so recht die wohltuende, haarerweichende Wirkung der neuen Rasierseife „Leosira". Ueberzeugen Sie sich von der Sparsamkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu Mk. 3,— für monatelangen Gebrauch. Wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Eventl. senden wir Ihnen eine Original-Packung direkt gegen Nachnahme oder Voreinsendung von Mk. 3.—. Laboratorium Leo, Dresden-N. 6. (8189)

Schiemann (Dem.) hält die vorliegenden Grundsätze nicht für ausreichend genug, um sie zum Gesetz erheben zu können. Seine Fraktion fordere Ausschußberatung, damit man sich über den Umfang des Geforderten klar werde. Es werden sich manche Pflichtbewußte in Zukunft scheuen, Mitglied einer Behörde zu werden, falls keine genügenden Garantien gegen eine übermäßige Inanspruchnahme der persönlichen Haftung geschaffen würden. — Dr. Wittern (frktl.) wünscht zwei Mitglieder unseres höchsten Gerichtes im Ausschuß vertreten. Damit werde die Objektivität gehoben. Auch das Selbstversammlungsrecht müsse der Ausschuß besitzen. — Vom Senatstische werden gegen eine Ausschußberatungen keine Einwendungen gemacht. — Pape (frktl.) fordert für den einzelnen Senator wie für den Beamten Haftung für eigenes Verschulden. — Der Senatsantrag wird einem Ausschuß überwiesen.

13. Antrag: **Verlängerung der Schonzeit für Wildenten.** — Henk (DN.) fordert ausreichenden Mövenschutz. Der Verkauf von Möveneiern müsse verboten werden. Die Möve sei für die Landwirtschaft ein äußerst wichtiger Vogel. — Senator Kulenkamp sagt Verfolgung der Henkschen Anregen zu. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

14. Antrag: **Nachtrag zum Gesetz betr. die Beseitigung von Körpern verendeter Tiere und die Beseitigung von Tierteilen, sowie Erstattung von Verlusten und Gewährung einer Entschädigung und eines Vorschusses an den Eigentümer der Tierkörperverwertungsanstalt.** — Ambrosius (Dem.) bemängelt das Fehlen einer Nachprüfung der Angaben in der Vorlage. Zum andern sei man in der Begründung der Vorlage recht weitschweifig verfahren und habe unnötige Druckkosten verursacht. Redner beantragt Ausschußberatung, die auch eine event. Heranziehung der Provinz Lübeck zu den Kosten prüfen müsse. — Senator Friedrich bezeichnet die Erledigung der Vorlage als dringend. Die Angaben des Besitzers seien von einem beeidigten Bücherrevisor geprüft und für richtig befunden worden. Von einer Heranziehung der Provinz Lübeck zu den Kosten der Anstalt soll man sich nicht viel versprechen. — Nach einer Bemerkung Henks (DN.) wird die Vorlage einem Ausschuß überwiesen.

15. Antrag: **Einbau einer Feuermeldezentrale in das Spritzenhaus in Travemünde.** — Wird angenommen.

16. Antrag: **Einbau von Schiffsspritzen der Feuerwehr in Privatdampfer.** — Karl Möller (Soz.) berichtet über die Beratungen des Ausschusses, der den Antrag einstimmig angenommen habe. Notwendig sei es, einen Dampfer zu erhalten, der auch als Eisbrecher benützt werden könne. Die Vorlage wird nach dem Vorschlag des Ausschusses angenommen.

17. Antrag: **Durchsicht des Fischereigesetzes.** — Wird angenommen.

18. Antrag: **Verkauf des Hauses Vorderreihe 2 in Travemünde durch die Hinrich und Dorothea Bargmann-Stiftung.** — Wird angenommen.

19. Antrag: **Deckung eines Fehlbetrages des Lyzeums am Falkenplatz.** — Wird angenommen.

20. Antrag: **Staatshilfen für die katholische Gemeindeschule.** — Jaeckstat (Soz.) macht auf den hohen Kostenbeitrag zu dieser konfessionellen Schule aufmerksam und fordert Kommissionsberatung. — Senator Kulenkamp erklärt, nach der Reichsverfassung könnten die katholischen Erziehungsberechtigten eine katholische Staatsschule verlangen. Diese würde dem Staat viel mehr Geld kosten als der jetzige Teilzuschuß. — Dreger (Soz.) hegt Zweifel, ob uns die Reichsverfassung dazu zwingen könne. Für eine solche geringe Schülerzahl so große Summen auszuwerfen, errege denn doch Bedenken — Die Vorlage wird einem Ausschuß überwiesen.

Antrag von Dreger: **Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in den Haushaltsplan des Jahres 1921 eine bestimmte Summe Geldes für die Ausbildung der Betriebsräte des Wirtschaftsgebietes Lübecks zur Verfügung der B.-R.-Zentrale bereit zu stellen.** — Dreger (Soz.) begründet seinen Antrag eingehend. Vom Standpunkt des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sei es Aufgabe der Allgemeinheit, Mittel für die Schulung der Betriebsräte aufzubringen. Der Wiederaufbau erheische als Voraussetzung, daß die an verantwortlicher Stelle stehenden Personen mit den Aufgaben vertraut gemacht werden. Der Arbeiter dürfe im Wirtschaftsleben nicht nur Objekt sein, sondern müsse auch als Subjekt Geltung haben. Die Arbeiterschaft müsse mit dem nötigen wirtschaftlichen Wissen, das man ihr bisher vorenthalten habe, ausgerüstet werden. Diese systematische Erziehung könne nicht von heute auf morgen geschehen. Die Ausbildung müsse so ausgiebig gestaltet werden, daß der Arbeiter die engen Maschen des wirtschaftlichen Lebens erkenne. Auch der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zur Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte habe dem Reichswirtschaftsrat einen Antrag unterbreitet, Reichsmittel zur Ausbildung der Betriebsräte zu bewilligen und die Forderung mit der Notwendigkeit sofortiger Ausbildung betriebstechnischer und volkswirtschaftlicher Kräfte begründet. Die Gewerkschaften selbst hätten in mehreren hundert Fällen eigene Mittel für diese Zwecke aufgebracht. Es liege nunmehr auch am Senat, Mittel für den Aufbau und Fortbestand des wirtschaftlichen Lebens, bei dem die Arbeiterschaft nicht entbehrt werden kann, beizusteuern, da die Maßnahmen in Verbindung mit der Volkshochschule nicht ausreichend seien. — Joh. Reimpell (Dem.) glaubt gerade, daß die Volkshochschule der rechte Ort zur Weiterbildung der Betriebsräte sei. Man könne dort ja die gewünschten Einrichtungen treffen. Seine Fraktion könne dem Antrage nicht zustimmen. — Dr. Wittern (frktl.) befürchtet durch eine derartige Ausbildung das Hochkommen einer gewissen Halbbildung. Besser sei, wenn die Arbeiter unbefangen an ihre Aufgaben herantreten. Das Allerschlimmste, was dem deutschen Volke passieren könne, sei das Fördern einer Halbbildung. Die Bürgerschaft müsse Einrichtung und Verwendung der Mittel genau kennen, ehe sie dem Antrag zustimme. Ein Ausschuß könne alle einschlägigen Fragen prüfen. — Dreger (Soz.) fordert 10 000 Mk. pro Jahr für diese Zwecke. Die Gefahr der Halbbildung liege nicht vor. Den Betriebsräten müsse die praktische Betriebslehre, der praktische Aufbau neuer Fabrikationswesen und die Theorie beigebracht werden. Die Frage Dr. Witterns nach der Garantie der verwandten Mittel sei überflüssig, denn die Lübecker Arbeiterschaft und deren Vertreter seien sich bisher in jeder Beziehung ihrer Aufgabe und Würde bewußt gewesen. — Ambrosius (Dem.) empfiehlt die Volkshochschule als Lehranstalt für die Betriebsräte. Die Betriebsrätezentrale sei nur Vertreterin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daneben gebe es aber noch andere Organisationen. — Haut (Soz.) wendet sich gegen die Aeußerungen von Reimpell und Ambrosius und fordert die Einstellung von 10 000 Mk. in den Haushaltsplan für die Betriebsrätezentrale. Herr Dr. Wittern dürfte als eifriger Leser der sozialdemokratischen Presse nicht von einer Förderung der Halbbildung sprechen, denn er muß die Aufgaben und Struktur der Lübecker Betriebsrätezentrale kennen. Die Gegner des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes können ja, wenn sie besondere Wünsche haben, mit diesen an die Bürgerschaft herantreten. Bildung der Betriebsräte ist so wichtig, daß eine rein schulmäßige Ausbildung nicht in Frage kommen kann. Die Betriebsräte müssen für die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen interessiert werden. In dieser Richtung hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa betätigt. Der Drang der Arbeiterschaft geht allgemein nach Aufklärung. Es ist nicht unsere Schuld, wenn nicht mehr geschehen ist. Die freien Organisationen haben seit je für diese Zwecke große Aufwendungen gemacht, insbesondere auch für den Arbeiterbildungsverein, während die Gegner der freien Organisationen wie z. B. der Gewerkschaftsbund, Hunderttausende für deutschnationale Bestrebungen aufgewendet haben. — J. Reimpell (Dem.) empfiehlt wiederholt die Volkshochschule, in der alles Schulmäßige ausgeschieden sei, als den geeigneten Ort für die Betriebsratslehre. — Dreger (Soz.) betont, daß die Sprecher der Rechten nicht die geringste Ahnung vom Streben der Arbeiterschaft nach tätiger Mitwirkung am Aufbau hätten und wirft Dr. Wittern vor, daß dieser nur den Kern der Frage verwischen wolle. Wenn man sich gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft wende, werde es niemals gelingen, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. — Dr. Wittern (frktl.) bekundet seine zeitweilige Abneigung gegen den Volksboten. Nach dem Lesen von Artikeln wie über den Mord an Garreis nehme man das Blatt nicht gleich wieder in die Hand. Eine Zersplitterung von Staatsgeldern für einen guten Zweck sei unangebracht. — Frl. Bartels (Dem.) erkennt den Bildungs- und Wissensdrang der Arbeiter als Lehrerin an der Volkshochschule an. Diese sei aber auch der Ort für die Weiterbildung der Betriebsräte. — Haut (Soz.) erklärt Dr. Wittern gegenüber, daß die Sozialdemokraten sehr oft gezwungen seien, die deutschnationalen Blätter mit Feuerzangen anzufassen. Im übrigen hätten die anderen Organisationen versagt. Es sei auch nicht notwendig, daß wir mit unserer Forderung nur deshalb warten, weil diese geschlafen hätten. — H. Puls (Soz.) betont gleichfalls die Lust der Arbeiterschaft für Erweiterung ihres Wissens, und erkennt die Verdienste der Volkshochschule an. Die Betriebsräte hätten dort aber nicht das gefunden, was sie suchten. — Nach weiteren Bemerkungen von Prof. Dr. Roth (DN.), J. Reimpell (Dem.) und Dreger (Soz.) wird der Antrag gegen die Stimmen der gesamten Rechten angenommen. Er geht an den Bürgerausschuß. — Schluß 9½ Uhr.

27. ordentliche Generalversammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine.

kr. Baden-Baden, 16. Juni.

Die Tagung fand im Anschluß an den Genossenschaftstag statt und war von 432 Delegierten und 230 Gesellschaftern besucht. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Koch-Leipzig erstattete Geschäftsführer Aßmann-Hamburg den Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1920/21. Er führte aus, daß das verflossene Wirtschaftsjahr die Hoffnungen, die auf eine ungehemmte Auswirkung aller produktiven Kräfte gesetzt wurden, nicht erfüllt habe. Aeußerlich betrachtet, sei das Wirtschaftsjahr in drei Abschnitte zerfallen und in einen scheinbaren Aufstieg bis zum März, dann einen durch den Kapp-Putsch hervorgerufenen Rückgang und teilweisen Stillstand, später wieder eine Belebung in Handel und Industrie. Das Berichtsjahr habe mit einer ungeheuren Nachfrage nach Waren aller Art eingesetzt. Der große Bedarf im Zusammenhang mit dem weichenden Kurse der Mark, habe die Preise für alle Artikel in die Höhe getrieben, und trotzdem habe jede Ware reißenden Absatz gefunden. Der Warenhandel sei jedoch durch die starken Preisschwankungen auf den Weltmärkten beunruhigt worden. Nachdem sich im Laufe des Jahres erwiesen hätte, daß sich auf dem Gebiete des Ernährungswesens die Zwangswirtschaft nicht mehr allgemein habe aufrecht erhalten lassen, sei insbesondere auch im Interesse der Kostenersparnis mit der Beseitigung der Kriegs- und Zwangsorganisationen begonnen worden. Trotzdem müsse gesagt werden, daß die G. E. G. im Warenhandel und in der Produktion mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe, als in der Kriegszeit. Auch die verschiedenen politischen Beunruhigungen hätten immer eine Hemmnung des Geschäftslebens zur Folge gehabt. Die Fortführung des Programms, daß vor dem Kriege für den Ausbau der Eigenproduktion aufgestellt worden sei, hätte nicht in dem gewünschten Maße vorgenommen werden können. Der Warenumsatz betrage 1 851 224 382,11 Mark gegen 352 698 074,81 Mark im Vorjahre, also ein Mehr von 998 526 307,30 oder 283,1 Prozent. Für den Umsatz der Eigenproduktionen nannte der Berichterstatter folgende Zahlen: Zigarrenfabrik 10 526 776 Mark, Kautabakfabrik 4 170 954 Mark, Seifenfabrik Gröba 71 918 429 Mark, Seifenfabrik Düsseldorf 37 666 391 Mark, Zündholzfabrik 7 764 0733 Mark, Mostrichfabrik 981 176 Mark, Kistenfabrik 4 592 054 Mark, Teigwarenfabrik 3 397 714 Mark, Weberei 3 380 385 Mark, Zuckerwarenfabrik 5 568 871 Mark, Bürstenfabrik 2 791 192 Mark, Holzindustrie 3—671 434 Mark. Beschäftigt wurden in allen Betrieben zusammen 2427 Personen gegen 2041 im Vorjahre. Aßmann plädierte am Schlusse für starke Inanspruchnahme der G. E. G., dadurch würde der Ausbau im Interesse der Konsumvereine gefördert. Ueber die Bankabteilung ist zu berichten, daß sie sich im Berichtsjahre im allgemeinen günstig weiterentwickelt habe. Der Giroverkehr betrug bei 962 Girokonten im Soll 1 737 400 000 Mark und im Haben 1 754 200 000 Mark. Die Bankeinlagen betrugen rund 117 300 000 Mark. Die im Bankeinlagenverkehr vergüteten Zinsen betrugen 4 700 000 Mark. Besonders wurde gewünscht, daß die Obligationen mehr als bisher von den Genossenschaftern und den Gewerkschaften gezeichnet würden, damit die G. E. G. auch in der Lage sei, ihre großen Aufgaben im Interesse der Konsumenten zu erfüllen. Nach Erstattung des Revisionsberichts durch Bästlein-Hamburg wurde den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. In der Debatte wurde verlangt, daß tägliche Warenberichte zur Information herausgegeben werden sollten; auch die einzelnen Läger der G. E. G. müßten besser versorgt und ausgestattet werden. Ein Delegierter berichtete über die Verhältnisse im besetzten Gebiete, die jetzt durch Errichtung der Zollgrenzen eingetreten seien. Ein Vertreter der Betriebsräte wünschte, daß den Betriebsräten das Recht der Kontrolle über die Produktion eingeräumt werde. — Der von der Verwaltung der Generalversammlung vorgelegte Vorschlag über die Verteilung des Ueberschusses wurde einstimmig genehmigt. Nach einem Referat über die Abänderung des Gesellschaftsvertrages wurde einstimmig beschlossen, daß die der Gesellschaft angehörenden Vereinigungen die Stammeinlage für je 50 der ihr angehörenden Mitglieder 1000 Mark beträgt, während bisher für 125 Mitglieder diese Stammeinlage festgelegt war. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 21 auf 23 erhöht, weil sich in der Zwischenzeit der G. E. G. noch einige Vereinigungen angeschlossen haben. Der Erhöhung des Stammkapitals bis zu 30 Millionen Mark wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt. — Nach erfolgter Ergänzungswahl für ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtstundentag in Belgien und Argentinien. Die belgische Kammer hat mit 121 gegen 7 Stimmen den achtstündigen Arbeitstag angenommen; auch in Argentinien ist der Achtstundentag durch Gesetz eingeführt worden.

Betriebsspitzel suchen „Arbeit". Der Inhaber eines Unternehmens, das sich Deutsche Pinkerton-Gesellschaft nennt, der als Franz Hadawey oder ähnlich zeichnet, sein Privatkontor in Berlin hat und sich als Direktor Drahger melden läßt, wendet sich um Aufträge an die Unternehmer. Er stellt ihnen vor, daß es in ihren Betrieben an der notwendigen Kontrolle fehlt, woraus Verluste entstehen, die leicht zu vermeiden seien. In einem Anflug von Selbsterkenntnis sagt er in seinem Rundschreiben, „das Gefühl von Moral ist nur noch in seltenen Fällen zu finden". Auch bei berechtigter Entlassung von Angestellten sei der arme Unternehmer schutzlos, wogegen selbst notorische Diebe der § 84 des Betriebsrätegesetzes vor unbilliger Härte schütze.

„Ich bin bereit, Ihnen zu helfen, die unlauteren Elemente Ihres Personals zu entfernen, ohne daß Sie mit der Polizei oder dem Gericht in Konflikt kommen. — Zu diesem Zwecke stelle ich Ihnen eine Person — Herrn oder Dame — zur Verfügung. Diese arbeitet für einige Zeit als Ihre Angestellte für Sie und Sie erfahren täglich alles, was in Ihrem Betriebe passiert und wie man über Sie und Ihre Firma denkt! Die Unkosten, die für Sie entstehen, sind gering; denn Sie zahlen eine Prämie nur dann für die Leistungen, wenn der Erfolg einwandfrei nachgewiesen ist!"

Es muß also auf alle Fälle ein „Erfolg" herbeigeführt werden. Jedes weiteres Wort der Kritik ist überflüssig. Wenngleich kaum zu erwarten ist, daß viele Unternehmer diese Gesellschaft in Anspruch nehmen, die ja wohl erst wirklich geschaffen werden soll, so tun doch die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gut daran, sich bei neuen Kollegen oder Kolleginnen etwas vorzusehen. — Aber auch dem Pinkerton-Direktor wird man auf sein Handwerk sehen müssen.

Aus aller Welt.

Die Hindenburgspende. In Hannover veranstaltete der Reichsverband deutscher Feinkostleute eine Ausstellung, die auch Generalfeldmarschall Hindenburg besuchte. Wie es so ist bei großen Herren, ließ sich Hindenburg jeden Aussteller persönlich vorstellen und interessierte sich, wie das lübsche Amtsblatt schreibt, besonders für die wirtschaftliche Lage der einzelnen Nahrungsmittelindustrien. Bei dem Stand einer Lübecker Fischkonserven- und Feinkostfabrik verweilte derselbe längere Zeit und ließ sich die einzelnen leckeren Delikatessen vorführen. Unter brausendem Hurra bestieg Hindenburg nach 2½stündiger Besichtigung wieder sein Auto, reich beladen mit von den Ausstellern gern gegebenen Kraftproben. — Man sieht doch, daß solche Ausstellungsbesuche manchmal sehr lohnend sind.

Todesurteile gegen Lohngeldraubmörder. Das Schwurgericht Bochum verurteilte nach viertägiger Verhandlung als geistigen Urheber und Leiter des am 24. August 1920 auf der Landstraße nach Horneburg ausgeführten Raubüberfalls, bei welchem zwei Zechenbeamte und der Kutscher des beraubten Lohngeldwagens getötet worden waren, den Reisenden Wilhelm Müller aus Bochum wegen Raubmordes und versuchten Mordes zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Damit sind die sämtlichen vier Beteiligten an diesem Millionenraub zum Tode verurteilt worden. Ein weiterer bei den Vorbereitungen Beteiligter, der Kaufmann Henseler, erhielt zehn Jahre Zuchthaus. — Am gleichen Tage wird aus Dahlhausen gemeldet: Als der Aufseher Berger 90 000 Mk. zur Zeche „Robert" bringen sollte, wurde er von dem 28jährigen Stratmann überfallen und beraubt. Stratmann wurde auf dem Bahnhof Ueberfuhr verhaftet. Man fand bei ihm noch 50 000 Mk. Auf der Flucht hatte er 25 000 Mk. verloren, welche wiedergefunden wurden. Bei dem Mittäter Schwarte, welcher gleichfalls verhaftet wurde, fand man 15 000 Mk.

Verhaftung einer ausländischen Diebesbande. In Querberg wurde, wie unser f.-Vertreter aus Halle drahtet, eine aus vier Ausländern bestehende Diebesbande verhaftet, die durch großzügig angelegte Raubzüge den ganzen Kreis unsicher gemacht hat. Die Verhafteten waren alle schwer bewaffnet. In dem Schlupfwinkel der Bande konnte eine große Menge Diebesgut beschlagnahmt werden. An den Diebstählen sind noch andere Personen als Mittäter und Hehler beteiligt gewesen, so daß weitere Verhaftungen bevorstehen.

Vom Bullen getötet wurde ein Schüler in Hohenweddrien (Brandenburg). Kurz vor dem Nachhausetreiben der Rinder, reizte er den Bullen mit einer über den Kopf gezogenen Jacke. Das Tier wurde wild, schleuderte den Knaben in die Höhe und rannte dann noch einmal zu, um ihn einen Stoß zu versetzen. Die Hörner waren in den Mund gedrungen und hatten Kiefer, Gaumen und Gehirn zertrümmert, wodurch der Tod sofort eintrat.

Der „Schlächter von Verdun". Das Gericht in Nancy hat jetzt sein Urteil in der Sache Desserey gegen Dumur gesprochen. Fräulein Desserey verlangte von Louis Dumur Entschädigung, weil er sie in seinem Buche „Le boucher de Verdun" (Der Schlächter von Verdun), gemeint ist der deutsche Kronprinz, deutlich als Geliebte des Kronprinzen dargestellt hat. Das Gericht stellte fest, daß Dumur sein Recht zwar überschritten hat, indem er lebende Personen gewaltsam vor der Oeffentlichkeit entblößt hat, doch wird die Unterstützung, die er gegen Leute, die sich den Feinden dienlich machten, gerügt habe, als mildernder Umstand angesehen. Die Strafe wird deshalb auf eine kleine Buße festgesetzt.

Freche Räuber. In Paris fuhr ein Automobil, in dem 5 Personen saßen, vor eine Juwelenhandlung. 3 Insassen stiegen aus, erbrachen die Schaufenster, bemächtigten sich einer Anzahl Juwelen, stiegen wieder in das Auto und fuhren schnell davon. Als einige Zuschauer das Auto aufzuhalten versucht, schossen die Räuber auf die Menge. Das Auto wurde später in einer weit entlegenen Straße leer aufgefunden.

Amundsen tot aufgefunden. Nach einer in Neuyork aus San Franzisko eingegangenen Drahtmeldung ist der norwegische Polarforscher Amundsen auf offener See von einem Schiffe aufgefunden worden. Gleichzeitig ist gestern beim norwegischen Storthing in Christiania ein Telegramm Amundsens aus Nome in Alaska eingetroffen, das folgendermaßen lautet: „Ersuche das Storthing um einen Beitrag von 300 000 Kronen für eine neue Ausrüstung der Expedition. Amundsen." Professor Nansen äußerte zu diesem Telegramm, er habe noch nichts darüber gehört, daß Amundsen nach Nome zurückgekehrt sei. Aus dem Telegramm scheine jedoch hervorzugehen, daß Amundsen wieder im Eise stilliege, so daß seiner Expedition nochmals ein Jahr verloren gehe.

Sport.

Die b-Mannschaft der Turner erlitt gegen Marli I eine unverdiente Niederlage von 1:0. Obgleich sie fast während der ganzen Spielzeit in der eigenen Spielhälfte eingeschnürt war, konnte die Marli-Elf doch durch überraschenden Durchbruch ein Tor erzielen. Alle Angriffe der Turner blieben vergeblich, denn der Sturm vergaß immer wieder das Schießen. Außerdem erstickte die Hintermannschaft Marlis alle Vorstöße; ihr verdankt Marli den Sieg. Bei ATV. war der Sturm die starke Seite, die Verteidigung in der ersten Halbzeit recht mäßig, später besser. Der Torwächter verließ zu oft sein Heiligtum.

Hamburg 93 I (Schüler) gegen die I. Schülermannschaft der Turner 1:1 unentschieden. — Hamburg II verlor gegen Turner II mit 8:2. G. S.

Eingegangene Druckschriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 12. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Produktivkraft und Inlandsverbrauch. Von H. Molkenbuhr. — Demokratisierung der inneren Verwaltung. Von Wilh. Guske. — Auswärtige Politik und sozialdemokratische Presse. Von Kurt Heinig (Berlin). II. (Schluß.) — Verbesserung des Nachrichtendienstes. Von Friedr. Olt (Elberfeld). — Gewerkschaftliche Probleme. Von Paul Barthel. — Literarische Rundschau: Die Kriegsreden Georges Clémenceaus. B. Sch. Walter v. Molo, Das Volk wacht auf. Von J. Kliche. Viktor Panin, Das zaristische Rußland. Von E. H. Georg Gradnauer und Robert Schmidt, Die deutsche Volkswirtschaft. Von Franz Lauffötter. Annemarie v. Nathusius. Es leuchtet meine Liebe. Von L. L. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 19,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Beim Einkauf von Zahnpulver und Zahnpaste verlangen Sie immer Nr. 23, wenn Ihnen Ihre Zähne lieb sind. 8168

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 5.
Gute Küche ∽ Zivile Preise ∽ Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstentor — Fernruf 8488. Restaurant und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant „Zur schwarzen Dohle", Hundestraße 41, empfiehlt Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen", Harry Rubach
Hansastraße 8, Telephon 8478.

Friedrichshof: Mittwochs u. Sonntags **Tanz**

Rest. Everling, Schwart. Allee 69 a Saal für Hochzeiten und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und Klublokal
Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn

Café Opera Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite Straße u. Beckergrube. Tägl. Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und Operetten-Bühne,
Moislinger Allee 18 a, Telephon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52. Nur die neuesten Schlager. Bevorzugte stadtbekannte Lichtbildbühne.

Stadthallen-Lichtspiele. Größte und vornehmste Lichtspielbühne Lübecks. Aufführg. 4—7 und 7—10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.

Ludw. Hartwig
Obertrave 4. Fernspr. 877.
ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle
für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburger Allee 59.

Otto Weber, Hansastraße 43 a. Telephon 1761.
en gros :: Spezial-Butterhandlung :: en detail.

Willi Nehls Nchf. M. Wallat, Spezialgeschäft feiner Lebens- u. Genußmittel, liefert beste Ware zum billigsten Preis :: Kupferschmiedestr. 6—8.

Joh. Wiegers, Balauerfohr 26/28. Kolonialw., Getreide, Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Süfke Nachflg., Warendorpstr. 25, Fernspr. 8524. Vorteilhafte Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kartoffeln, Feuerung. Handblockwagen stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl. en gros - en detail
Adlerstraße 43, Fernruf 1640.

H. Roßbach, Fackenb. Allee 19 b. Spez.-Geschäft für frische u. geräuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst, Südfr.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fernsprecher 1809. Kolonialwaren, Zigarren.

Johannes Koch, Fischergrube 90. Kolonialwaren, Fettwaren.

Rud. Jäde, Beckergrube 70, Tel. 8622. Spezialgeschäft für Delikatessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchf. Henry Schwebcke
Kolonial- und Fettwaren, Fischergrube 60.

Friedr. Weingärtner, Johannisstraße 3.
Konfitüren und Delikatessen.

Otto Hinke, Fünfhausen 1.
Beste Bezugsquelle für Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese,
Obst- und Südfrüchte, Holstenstraße 19.

Carl Schröder Nachfl.,
Inh. A. Gerdts, Große Burgstraße 7. Kolonialwaren, Konfitüren, Delikatessen.

Otto Baake,
Markt 9. Butter, Margarine, Käse.

Filiale Scheere
Inh. Hertha Drögmöller
Hüxstr. 22/24, Tel. 2568
Fleisch, Wurst, Aufschnitt, Delikatessen u. Fettwaren.

Hans Steffens, Obst-, Gemüse-, Delikat.-Geschäft, Moislinger Allee 84.

Ad. Danielsen, Moisling. Allee 2b. Kolonialwaren, Fettwar. und Delikatessen.

Fischhandlung J. Borgwardt, Kronsl. Allee 29. T. 1109.

Lübecker Marzip.-Vers. Arthur Ritzkowsky, Mühlenstr. 65.

M. Petersen, Schokol. u. Zw.-Grhdl. M.-F. Beckgr. 73. T. 1625.

W. Reichmann, Lebensmittelw. Lindenstr. 55. Tel. 8235.

C. Lillberg,
Hüxstraße 82. Räucherfische, Delikatessen.

Scharnbergs Nachf. Inh. L. Richter, Kohlm. 8, Markt 5. Beste Bezugsqu. für alle Fett- und Wurstwaren.

Heinrich Franck,
Wahmstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren
Herm. Voss,
Große Burgstraße 48.

Burg-Drogerie Herm. Röttger, Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016
Toiletten-Artikel, Farben, Tapeten.

W. Weichert, Stempel, Türschilder, Gravierungen
Beckergrube 15.

Karl Schneor Wickedestraße 14, Beste Bezugsquelle für Fische u. Delikatessen.

H. Matern, Konfitüren, Delikatess. u. und Fettwaren. Pfaffenstraße 7. Fernspr. 8566.

Heinz Thonys dänisches Lebensm. Mag. Hüxst. 87, T. 8748.

Aug. Carstens, Dornestr. 14a. Delikatess. u. Fettwaren

Otto Sehlcke, Drogen u. Kolonialwaren, Fackenb. All. 70.

Wendlandt & Weirich
Kolonialw., Tab. u. Zig. Glockgießerst. 16 T. 2414

Johs. Beth, Adlerstr. 86. Vorteilhafte Einkaufsqu. für Gemüse, Obst, Kolon-. u. Fettw.

A. Baht, Fünfhausen 22. Fettwaren best. Qualität.

Drogerie Schultz,
Hansastraße 92.

„Zur Glocke" Drogenh., Alb. Westphal, Glockengießerst. 46

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop
Moislinger Allee 6 a, Fernruf 2875.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29 Tel. 1941
Drogen, Farben, Fußbodenöle, Gummiartikel.

◆◆ Rauchwaren usw. ◆◆

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren, Zigaretten, Tabake in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Obst ∗ Gemüse
Südfrüchte
preiswert bei
W. Kock,
Große Burgstr. 18.
Telephon 2024.

M. Grotkopp, Mühlenstr. 18. F. 8256
Kaff.-, Bier- u. Weinstub.

Park-Drogerie, Schulstraße 11
Drogen, Farben, Chemikalien, Haushaltsartikel.

Arth. Haage, Zigarren, Zigaretten
Tabak. Beckergrube 81.

A. B. Riggelsen, Tabak, Zigarren
Zigaretten. Hüxstr. 88.

Ernst Meyer Dornestr. 8 Tel. 8495
Putz- und Modewaren

Bankhaus Fritz Kiemstedt, Komm. Ges., **Lübeck,** Holstenstr. 5, Telefon 988, 8178. Tel.-Adr.: Nordbank. Reichsbankgirokonto. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: **Timmendorfer Strand,** Wolbergstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampffärberei, chemische Reinigung. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 818.
Filialen: Hüxterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorpstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Hamburg ab	Lübeck an
6⁰⁰	7⁴⁰	5⁵⁰	7⁰⁸
7⁴⁰ W	8⁵⁰	2—4. Sl.	
7⁴⁷	9²¹	7⁰⁵	8⁵¹
2—4. Sl.		2—4. Sl.	
9⁴⁰	11⁰⁸	8²⁰	7²¹
11⁰⁵	12⁸⁰	8⁴⁰ D	9⁵⁷
2—4. Sl.		10¹⁷	11⁵⁴
12⁴⁰	2²⁸	2—4. Sl.	
2²⁴	3⁴⁵	12²⁰	1⁵⁶
3⁴⁴	5⁰²	3⁰⁵ W	4¹²
2—4. Sl.		3⁹⁰	5¹⁰
4¹⁷	5⁵⁹	2—4. Sl.	
2—4. Sl.		5¹⁵	6¹⁸
7¹⁰	8²¹	5⁴⁰	7¹⁶
7²²	9⁰⁰	7²²	9⁰⁰
8¹⁶ D	9¹⁴	2—4. Sl.	
8⁵⁸ S	10¹⁵	9⁰⁰	10²⁸
9²⁰	11⁰²		
2—4. Sl.		11⁴⁰	1²⁸

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8⁰⁰	9¹⁸	6⁵⁴	7⁴⁵
1²⁰	2⁴⁷	11⁴⁵	1⁰⁰
4¹⁸∗	9¹⁵	8⁴⁵∗	1²³
5⁵⁰	6⁵²	3²⁷	4⁴²
9¹²	10³⁴	7²³	8⁴⁰

∗ D Berlin-Kiel und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7¹⁵	8⁵³	5⁵⁰	7²⁵
9²⁸ D	10²³	9⁰²	10⁵⁷
9⁴² D	10⁴¹	1⁵⁴	3³⁶
12⁰²	1⁴⁴	— D	7¹⁰
5¹⁹	7⁰³	7⁰⁹ D	8⁰⁸
9¹²	10⁵¹	7²⁵	9⁰⁵

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7¹⁵	8¹²	6¹⁵	7²²
9⁴⁷∗	10⁴⁵	8²⁸	9¹⁸
12¹⁸	1⁰⁹	12²⁴∗	1²¹
1⁴³ D	2³⁵	2⁵⁸	3⁵⁵
2⁰⁰	2⁵⁶	3²⁵ D	4¹²
7²¹	8²⁰	7²⁸ S	8³⁴
		7⁴⁶	8⁵⁹

∗ Nur bis auf weiteres.

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Segeberg ab	Lübeck an
8⁰⁵ W	10⁰²	5⁴⁵ W	7⁰⁸
10³⁰ S	11⁵³	7⁵⁵ S	9²⁰
2¹⁰ W	3⁵⁵	10³² W	11⁵⁵
7³⁰ W	8⁵⁵	4¹⁵ W	6¹⁵
9²⁰ S	10⁴²	7³⁰ S	8⁵³

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5¹² W	6⁰¹	—	6²²
8¹⁵	9⁰⁰	—	—
9⁴¹	10⁰⁸	10¹⁸	10³⁸
1⁴⁵∗	2⁰²	2⁰⁷	2²⁹
2⁰⁷	2⁴⁷	2⁵⁸	3¹⁷
4¹⁸	4⁴⁵	4⁴⁵	5¹²
6²²	7⁰¹	7⁰⁶	7²¹
9¹⁵	9⁵⁵	10⁰⁰	—

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6⁵⁰ W	6⁵⁰	6⁵⁵	7⁵⁴
11⁰⁰	11²⁸	11³⁰	12¹⁰
1²⁰	1⁴⁰	1⁴⁵	2¹⁷
2⁴⁴∗	3⁰⁷	3¹⁸	3⁵²
3⁴⁰∗∗	4⁰⁸	4¹⁸	4⁵⁶
5⁵⁸	6¹⁸	6²⁸	7⁰⁶
—	7²⁰∗	7³⁵	8⁰²
7⁵⁴	8¹⁷	8²²	8⁵⁰
—	10¹⁵	10²⁰	11⁰²

∗ Nur im Juli und August.
∗∗ Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Zigarrenhaus Burgtor
M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049. Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 86, Ecke Meierstraße — Telephon 8581.
Zigarren — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 99 Ecke Warendorpplatz
Bill. Bezugsquelle f. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwönekenquerstraße 25. Schuhwaren, sol. Fabrikate
Maßarbeit :: Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren Fahrraddecken oder -Schläuchen? So geben Sie dieselben sofort zur Dampf-Vulkanisieranstalt **Hermann Wildhagen, Lübeck, Beckergrube 54, Fernruf 8383.** Schnellste gewissenhafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisierverfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Dietz, Bauklempnerei und Installation, Wahmstraße 42. Hartlötarbeit und autog. Schweißung. Fernsprecher 1218.

Fahrrad-Körner, Große Burgstraße 23. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt.

Joh. Voss, Hüxstr. 90. Grüne Sohlen und Absätze, sehr dauerhaft, in einem Tage fertig.

W. Chilliard, Schmiedestraße 21. Vermietung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

Willi Malchow Wasch- und Plättanstalt, Glockengießerstraße 40.

O. Dortmund Fahrräder Nähmaschinen, Fackenburger Allee 1 a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 87.
Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

Bürgerbräu Fischergr. 16. An- u. Verk. v. Bück. all. Art bill.

Schloßbrauerei Kiel
Niederlage: Kanalstr. 26

Hansa-Brauerei A.-G.
empfiehlt bestgebraute Biere, hell u. dunkel. Fernruf 161, Fackenburger Allee.

G. Grundmann, Schüsselbuden 82. Tabak-, Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung. Verkauf zu Fabrikpreisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. NB. Verkauf an Wiederverkäufer nur in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever
Schwönekenquerstraße 13.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6.
Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholtz, Schuh- u. Lederhandlung, Reparaturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr. 86.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt
Königstraße 51, Telephon 8879.

Gebr. Müter, **Mühlenstraße 13,** Fernsprecher Nr. 427.
Beerdigungs-Institut.

A. Bredersen & Sohn,
Beerdigungs-Institut
Obere Aegidienstraße 7
Fernruf 1090. Uebernahme all. Beerdigungsangelegenheiten.

Franz Schütt, vorm. Karl Rohde, Hundestr. 64. Gerberei u. Lederhandlg. Lederausschnitt sowie sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel.

A. Reinknecht, Marienstraße 5
Mod. Schuhreparaturen.

Jul. Schulz, Fahrräder, Tel. 8564,
Fleischhauerstraße 80.

Ed. Teuteberg, Lederhandlg., Untertrave 67.

W. Klüssendorf, Klemp. Mech., Baukl. Hüxst. 116, T. 1159

Glasscheiben aller Art, **Kitt,**
Glasschn., Bilderleisten
Bilder-Einrahmungen,
Oskar Tauchnitz,
Fleischhstr. 35, Tel. 2808.

Wäscheleinen usw.
Schefterling & Höpfner,
Untertr. 84, Mühlenstr. 6

Nähmaschinenhaus Wilh. Kruse, Hüxstr. 43.

◆◆◆◆◆◆ Brauereien ◆◆◆◆◆◆

Vereinsbrauerei Walkmühle,
H. Lück. Telephon 284. Lagerbier, Pilsener, Porter.

Aktienbierbrauerei.
Lachswehr-Allee 14—20.

Neuer Bierverlag Busch & Co.
mittl. Mengstr. 80, neben dem Schabbelhause, Fernsprecher 1818, empfehlen ihre Biere in tadellos gut funktionierenden Bierfaß-Automaten v. 5 u. 10 Litern Inhalt, außerdem Porter u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen
Groß- und Kleinverkauf
Dan. Schön, Gr. Burgstraße 24. Telephon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann,
Wahmstraße 18 — Telephon 4, 8904 und 8905. Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufruhr-, Transport- und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co.
Dankwartsgrube 34, Tel. 8405. Spedition nach dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung Ab 1. Sept.: Beckergrube 69, Tel. 90.

H. C. Koch, Alfstraße 24. Versicherungen aller Art.
Preußische Lotterie-Einnahme.

◆◆ Für alle Vereine ◆◆

Lübecker Fahnen-Fabrik
Otto Rehwoldt, Inh. Fritz Nottbohm, Alfstraße 7, Telephon 1119. Größtes Spezialhaus für Vereine und Hausgesellschaften.

◆◆◆◆ Friseure usw. ◆◆◆◆

Wilhelm Junge, Nebenhofstraße 8
Herren-Rasier- und -Frisier-Salon.

Ernst Frahm, Königstraße 88. Friseur u. Toiletten-Art.

Rich. Ahrens, Friseur, Beckergrube 81.

R. Grote, Friseur,
Große Burgstraße 15.
Massagel. d. Gr. Burgstraße. Konkurrenzfrei!

Otto Steinhagen, Damenfriseur, Beckergrube 7.

Herrengarderobe.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 39/41 Telephon 106,
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burgstraße 82
Herrengarderobe, Maßanfertigung. Bill. Preise.

J. Fradl, Breite Straße 97. Handschuhe, Krawatten, Herrenartikel.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettfed., Herr.-u. Knab.-Gard., Arb.-u. Berufskleid.

W. Heise,
Königstr. 28 gegenüb. dem Katharineum
Anfertigung fein. Herren- und Damen-Garderoben. Gut sortiert. Stofflager. Bill. Preise. Tel. 3576

Meta Schmidt
Lange Reihe 21 a.
Stets Neuh. in Damenhüten :: Aufarbeitung getragener Hüte.

Franz Müller, Inhaber: Ad. Finck
Marlesgrube 81/88.
Elegante Herrenmoden nach Maß,
Streng solide Preise.

Manufaktur usw.

Betten-Duve, Große Burgstraße 82
Aussteuergeschäft, liefert billigst und tadellos.

Herm. Libnau, Schwartauer Allee 58/55
Gr. Auswahl, gute Waren, bill. Preise, reelle Bed.

Heinr. Beuck, Brockesstraße 25, Ecke Warendorpstr. Preiswerte Bezugsquelle für Manufakturwaren.

◆◆◆◆ Allgemeines. ◆◆◆◆

MARTENS & LAMPE
Weingroßhandlung
Fischergrube 78

Heinrich Boye,
Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung
empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien.
Lindenstraße 17 a. Telephon 918.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fernsprecher 8289.
Prima Preßtorf und Brennholz aus erster Quelle.
Eigene Torf-, und Sägewerke.

Franz Genzmer, Fackenb. Allee 10 b Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte.

Aug. Clusmann vorm. Frankenthal & Co., Breite Str. 45
Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Herm. Glasau, Moisling. Allee 4 a
Klemp. Küch.-u. Bel.-Art.

Gebr. Steder, Glas, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte.